Sonnabend, 31. Mai 1924 — Abend-Ausgabe — Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 258 — 53. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. — Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## General v. Seeckt als Zeuge.

### Claß und sein „politischer Generalstab".

#### Die „echte Diktatur".

**E. F.** Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Thormann-Grandel-Prozeß legt Rechtsanwalt Sack Wert auf die Feststellung, daß nicht er, sondern sein Mitverteidiger Bloch Herrn v. Tettenborn im Parchimer Mordprozeß vertreten hat. Herr v. Tettenborn gibt das zu, behauptet aber, daß Herr Sack „Arrangeur der Verteidigung" gewesen sei, was von diesem bestritten wird. Kurz nach 10 Uhr tritt General v. Seeckt vor den Gerichtshof. Groß, schlank, das Monokel im Auge, der gemeißelte Kopf mit den ausgeprägten und doch gütigen Zügen, bleibt unbeweglich. Ganz ruhig, unpersönlich, wirkt die Aussage. Kein Wort zu viel, ein Schweiger. Manchmal ein kurzes Stocken, das den knappsten, genauesten Ausdruck sucht. Nichts, was auch nur entfernt an den militärischen Kommandoton erinnert. Ob er an den Ernst des Attentats geglaubt habe? Das sei schwer zu sagen, aber „der Plan hat die einzige Regelmäßigkeit meines Lebens herausgegriffen". Dann die mit Spannung erwarteten Aussagen über seine Beziehungen zu Claß. Was er sagt, charakterisiert beide. In zwei Sätzen zeichnet er das Bild jener politischen Phantasten, die unser Unglück sind: „Einer der vielen Leute, deren politisches Denken und Wollen sich dahin zusammenfaßt: es muß irgendetwas geschehen! — ohne sich zu überlegen, welcher Weg zu gehen ist. Dann suchen sich diese Leute einen General, der dumm genug ist, auf sie hereinzufallen." Dreimal hat er Claß gesprochen. Seeckt schildert kurz die letzte Unterredung. Claß war ziemlich aufgeregt. „Er suchte mich zur Handlung zu bringen. Ich ließ keinen Zweifel darin, daß ich als Vertreter der stärksten Waffe, die der Staat hat, gegen jeden Umsturz die Waffe des Staates einsetzen würde."

Ein paar kurze Fragen der Verteidiger — die Vernehmung des Generals ist beendet. Sie hat nur wenige Minuten gedauert.

Claß tritt vor. Aufgeregt beteuert er, daß er sich die Aufgeregtheit seit 15 Jahren abgewöhnt hat, sonst säße er im Irrenhaus. Seeckts Schilderung stimme mit der Wahrheit nicht überein. Auf die einfache Klarheit der vorigen Aussage folgt jetzt bombastische Verworrenheit. „Wenn ich Zeitgeschichte offenbaren wollte . . ." — „Ich bin groß geworden in der besten Ueberlieferung der deutschen Geschichte . . ." — „Ich war überzeugt, daß Deutschland nur zu retten ist durch die vaterländische Bewegung und die Armee . . ." — „Das rührt an das Letzte der politischen Grundeinstellung . . ." — „Als Christ und Mann war ich dazu verpflichtet . . ." In solchen Phrasen und Schablonen fließt stockend seine Aussage dahin. Manchmal droht er einen einstündigen Vortrag an . . . Seeckts Schilderung der Unterredung also sei unwahr. Es folgt eine Variation dessen, was in München als Lossows „legaler Staatsstreich" berühmt geworden ist. Nie habe er an Umsturz gedacht. Am 24. September 1923 wollte er von dem Chef der Heeresleitung bloß wissen, wie sich die Reichswehr in einem bestimmten Fall benehmen würde. Putschgerüchte liefen um. General v. Seeckt nannte ihm damals fünf Namen Verdächtiger, die der General als Verbrecher bezeichnete. Der nach Claß' Auffassung Gefährlichste blieb unerwähnt. Die Namen nennt der Zeuge nicht und sein Prozeßbeteiligter ist so neugierig, ihn darum zu ersuchen. Alles sollte legal vor sich gehen, und der Justizrat entwickelt den staatsrechtlichen Unsinn, daß Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt (der er damals gar nicht war) die Befugnis hatte, die Regierung zu entlassen und den Reichstag aufzulösen. Das ist „die echte Diktatur", die Herr Claß erstrebt. Er bildet mit seinen Getreuen einen politischen Generalstab, den er bescheidenerweise mit dem militärischen Generalstab des alten deutschen Heeres vergleicht. Man kann sich ungefähr denken, wie sich der Aufmarsch in der ersten Augustwoche 1914 vollzogen hätte, stimmte dieser Vergleich mit der Wirklichkeit überein. Zwei, drei Sätze die Seeckt dann noch spricht, werfen das ganze Gebäude um, das Herr Claß zu errichten strebt: „Was der Herr Justizrat mir entwickelte, war nur durch Verfassungsbruch und Gewalt zu erreichen. Wenn der Umschwung nicht kam, sollte der Umsturz kommen."

Claß verlangt in seiner Hilflosigkeit den Ausschluß der Oeffentlichkeit, worauf das Gericht natürlich nicht eingeht. Er kommt mit versteckten Drohungen: Er wisse, wer alles bei Seeckt war, was man ihm vorgeschlagen, was Seeckt geantwortet habe.

Es kommt für den Herrn Justizrat aber noch unangenehmer. Der Generalstaatsanwalt bringt die bei Claß beschlagnahmten Briefschaften zur Verlesung. Die Verteidigung protestiert. Mit Paragraphen. Mit der Ankündigung, sie werde jede Frage des Staatsanwalts beanstanden. Die Briefe werden also nicht vorgelesen, werden nur vorgehalten. Die Dokumente sind höchst interessant. Stück für Stück. Der Briefschreiber Claß unterscheidet sich merklich von dem Zeugen Claß. Am 7. Januar 1924 sagt er in einem Brief: „Das Rätsel Seeckt ist gelöst. Er ist der Schildhalter für und über Ebert. Er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der heutigen unhaltbaren Zustände verhindert. Er hat sich durch sein unbedingtes Bekenntnis zur Legalität sein Urteil gesprochen."

Und acht Tage später legt Grandel ohne jeden Zwang das Geständnis ab, daß ihm sein Freund Justizrat Claß zur Ermordung des Generals angestiftet hat. Man begreift, weshalb die Verteidigung die Verlesung dieser Dokumente mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Herr Claß sprach das Wort: „Wenn ich Zeitgeschichte offenbaren wollte." Er hat Zeitgeschichte offenbart. Ein sehr interessantes Kapitel, in dem nicht nur über Thormann und Grandel das Urteil gesprochen wird.

## Die Regierungskrise.

### Die weiteren Verhandlungen Dr. Marx'.

**E. D.** Nachdem die Deutschnationalen gestern abend die Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien über die Regierungsbildung brüsk abgebrochen hatten, traten heute vormittag die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu Beratungen über die Situation zusammen. Die Entscheidung liegt jetzt bei den Volksparteilern. Noch vor dem Beginn ihrer Fraktionsbesprechungen konferierte Dr. Stresemann mit dem rechten Flügel und versuchte ihn anscheinend nach der Richtung hin zu bearbeiten, daß die Volkspartei nunmehr der Koalition der Mitte treu bleibe und an einer Regierung ohne Deutschnationale teilnehme. In der zweiten Mittagsstunde dauerten die Verhandlungen der Fraktion noch fort. Es hat den Anschein, als ob heute noch kein definitiver Beschluß gefaßt wird, da man erst noch abwarten wird, was die Bayerische Volkspartei zu tun gedenkt. Diese Fraktion wird allerdings erst am Montag zusammenkommen, um sich über ihre Stellungnahme zu einem neuen Kabinett Marx klar zu werden. Wie aber auch das Votum der Deutschen Volkspartei ausfallen wird, eins ist klar: daß der Reichskanzler dann auch ohne sie ein Minderheitskabinett bilden, oder, richtiger, das bisherige Kabinett wiederum dem Reichstage präsentieren wird. Das Parlament hat es dann in der Hand, ihm sein Vertrauen oder sein Mißtrauen auszusprechen. Jedenfalls hält der Kanzler eine weitere Verzögerung der Kabinettsbildung außen- und innenpolitisch für unerträglich und drängt jetzt auf eine Entscheidung.

## Unglaublicher Beschluß der Deutschen Volkspartei.

**2.25 Uhr nachmittags. Die Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei endete mit einem Beschluß, wonach nunmehr der Reichspräsident ersucht werden soll, einen Deutschnationalen mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Die Deutschnationalen haben ihrerseits eine inoffizielle Erklärung veröffentlicht, wonach ihre gestrige Absage keineswegs eine Absage an den Gedanken des Bürgerblocks als solchen bedeute. Nur die Verhandlungen mit Dr. Marx hätten für sie keine Aussichten auf Erfolg. Daß sie ohne den „Bürgerblock" nicht regieren könnten, ist selbstverständlich, da sie ja noch nicht einmal über ein Viertel der Stimmen im Reichstag verfügen.**

* Die **nächste Plenarsitzung des Reichstags** ist auf den kommenden Montag, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt.

*

**Für die Leser unserer Expreß-Ausgabe veröffentlichen wir im Beiblatt unserer heutigen Abendausgabe die Beschlüsse und Kundgebungen, die gestern abend von den Deutschnationalen zur Regierungsfrage gefaßt wurden, sowie unsere aus diesen Beschlüssen sich ergebenden Betrachtungen über die politische Lage.**

## Französische Kommentare zu der Kontrollnote.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**L Paris,** 31. Mai.

Die Note der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle wird in der nationalistischen „Liberté" als „energisch" bezeichnet. Der „Temps" ist nicht ganz dieser Ansicht, wenngleich er den „klaren und bestimmten Ausdruck des Gesamtwillens der Alliierten" anerkennt. Aber es seien doch ungenaue Formulierungen im Text und es wäre interessant, zu erfahren, ob diese Ungenauigkeiten Absicht oder Irrtum waren. Auch bleibe die Frage in der Note ungewiß, ob „die seit zwei Jahren suspendierte Ueberwachung" mit allen ihren Rechten aufs neue hergestellt werden soll. Diese Wiederherstellung „in ihrer jetzigen Form und mit der Ausübung aller Rechte" sei für den Fall angedroht, wenn das Reich die neuen Forderungen der Alliierten ablehnt. „Also ist die Frage noch nicht gelöst, sondern nur bis zum 30. Mai verschoben", folgert der „Temps". „Die Frage kann, wenn man nicht Gewalt anwenden will, überhaupt nicht gelöst werden, ehe nicht zwischen der deutschen Demokratie und den Diplomaten der Entente eine Verständigung erfolgt ist. Um auf friedlichem Wege die Rüstungen Deutschlands zu beschränken und die Zahlung der Reparationen zu erreichen, muß die Entente die republikanischen und zum Frieden geneigten Parteien Deutschlands auf ihre Seite bringen." Die Note der Botschafterkonferenz betrachtet der „Temps" nur als eine ernste Ankündigung an die deutschen Nationalisten. Diese Ankündigung werde besonders bedeutungsvoll durch die Zeit, in der sie erlassen wurde. Und zwar durch den neuen Sieg MacDonalds. Die Note, über die solange beraten wurde, sei sofort einstimmig angenommen worden, als die Reaktion in Deutschland den Sieg gewonnen habe.

---

**Rom,** 31. Mai. (Privat-Telegramm.) Der **Schnellzug Rom—Mailand** ist bei Bologna **entgleist.** Fünf Wagen stürzten um. Zwölf Personen wurden leicht verletzt.

## Die neue Kammer.

Von unserem Pariser Korrespondenten

**Paul Block.**

**L Paris,** Ende Mai.

Von der neuen Regierung kennt man vorläufig nur die Programme, die immer opportunistischer werden, je näher der Tag der Entscheidung kommt. Aber die Gestalt der neuen Kammer und ihrer Mehrheit wird allmählich deutlicher und, obwohl jede Prophezeiung bis zum Beginn der parlamentarischen Arbeit Kombination bleibt, treten hier die Umrisse einer nach vorwärts strebenden Kämpferschar immer stärker hervor. Ueber die Zusammensetzung der Majorität sind mehr als ein Dutzend Berechnungen angestellt worden, die sämtlich tendenziös sind. Der geschlagene Nationalblock rechnet eine geringere Anzahl von Sitzen für die Sieger aus, als es den Tatsachen entspricht, die Zeitungen der siegreichen Linken treiben die gleiche Arithmetik in umgekehrter Form. Etwas Sicheres wird sich erst sagen lassen, wenn die neue Kammer die Einteilung in Gruppen vorgenommen haben wird, die sämtliche Parteirichtungen für notwendig halten. Die zehn Gruppen und Grüppchen der vergangenen Sitzungsperiode haben nur verwirrend gewirkt. Sie werden den vorbereitenden Berechnungen noch jetzt zugrunde gelegt, sollen aber verschwinden.

Auf welche Majorität die neue Regierung rechnen kann, wird von der Regierung selbst abhängen. Von den bisher vorliegenden Entwürfen erscheinen drei am vernünftigsten, die drei verschiedene Möglichkeiten in Betracht ziehen: die Mehrheit für ein entschieden radikales Kabinett, die Mehrheit für ein Kabinett der „republikanischen Konzentration" und die Mehrheit für eine Regierung, an der die Sozialisten teilnehmen. Die Majorität für eine radikale Regierung, die von den Sozialisten und Kommunisten unterstützt wird, beträgt 316 Stimmen, denen 136 entschiedene Gegner (Entente Republicaine und Rechte) und 132 zweifelhafte Radikale (Demokratische Linke und Linksrepublikaner) gegenüberstehen. Das Zünglein der Wage wird von 18 Lauwarmen gelenkt, die geschlossen oder geteilt die kleine, aber feste Regierungsmehrheit von 18 Stimmen vergrößern müssen. Das Bild wird anders, wenn die beiden anderen Möglichkeiten erwogen werden. Bei einem Kabinett der Konzentration, das sich von der früheren Regierung hauptsächlich durch die Person des Führers unterscheiden würde, gehen Kommunisten und Sozialisten geschlossen in die Opposition (135 Stimmen). Dafür erhält die Regierungsmehrheit den Zuwachs der Lauen und kommt so auf 313 Stimmen. Als Opposition von rechts bleiben Entente Republicaine und äußerste Rechte zurück (136 Stimmen). Sichere Mehrheit 42 Stimmen, die aber durch Zuschub aus den in diesem Falle ziemlich ungefährlichen Oppositionsgruppen der Rechten sich stark erhöhen würde. Diese Kombination ist die Hoffnung Poincarés und seiner Anhänger. Die Arithmetiker der dritten Möglichkeit rechnen mit einem Kabinett aus Radikalen und Sozialisten. In diesem Falle würden die 584 Sitze der Kammer nach dem „Quotidien" so verteilt werden: Opposition 15 Konservative, 183 Vertreter des Nationalblocks, 12 republikanische Renegaten, zusammen 210 Stimmen. Zweifelhaft die Republikaner „Nuance Briand", 49 Stimmen. Die Regierungsmehrheit aus den Kartellparteien (299 Stimmen) und den Kommunisten (26 Stimmen) beträgt im schlechtesten Fall 66 Stimmen, wenn aber die Nuance Briand auf die Seite der Regierung tritt, wie es zu erwarten ist, sogar hundertfünfzehn Stimmen.

Diese letzte Berechnung ist etwas optimistisch, da vorläufig keine Aussicht auf eine Teilnahme der Sozialisten zu sein scheint. Aber wenn man den Durchschnitt aller drei Berechnungen nimmt, ergibt sich doch eine feste Mehrheit von etwa fünfzig Stimmen, die für die Regierung ausreicht. Die Regierung darf also auf eine sichere Unterstützung rechnen, wenn sie ihrem Programm treu bleiben will. Wie in dieser Hinsicht das Land denkt, haben die kommenden Männer inzwischen aus den Eröffnungsreden und Resolutionen der Provinzialausschüsse erfahren, die für die nächste Kammer von großer Bedeutung sind. Denn von den 584 Deputierten des neuen Hauses gehören 271 den Provinzialausschüssen an und für den Senat ist das Verhältnis noch klarer: mehr als die Hälfte der 314 Senatoren besteht aus Mitgliedern der Departementsversammlungen. Die große Mehrheit dieser Ausschüsse hat nun Beschlüsse angenommen, welche der Politik des Nationalblocks entschieden feindlich sind. Nur sehr wenige Departements haben deutliche Vertrauenskundgebungen für Poincaré und Millerand angenommen. Auch wenn diese Zahl noch etwas anwächst, kann sie doch nicht annähernd so groß werden, wie die Ziffer der Mißtrauenskundgebungen, die besonders gegen den Präsidenten der Republik gerichtet sind. Die Abneigung gegen die Person Poincarés ist weniger groß. Aber die Ablehnung seiner Politik kann jetzt nicht einmal mehr von dem Ministerpräsidenten selbst bestritten werden — womit natürlich nicht etwa gesagt sein soll, daß Poincaré sich diesem Volksverdikt zu fügen gedenkt. Man darf sich vielmehr darauf verlassen, daß er sein Wort wahr machen und für seine Auffassung kämpfen wird. Und so lange die starke Minorität geschlossen bleibt, die im Palais Bourbon für die Politik des Nationalblocks sicht, kann sie unter der Führung ihres alten Feldherrn den neuen Männern zunächst noch erhebliche Schwierigkeiten machen. Denn diese Minorität hat auch einen gefährlichen Berater

außerhalb der Kammer: den bei der Wahl durchgefallenen General de Castelnau, der kein verächtlicher Gegner ist. Dieser Mann hat jetzt die publizistische Organisation der reaktionären Bewegung im „Echo de Paris" übernommen, und gibt die Parole aus: „Alle Mitglieder der Minorität sind dazu verpflichtet, geschlossen unabänderlich und unversöhnlich in der Opposition zu bleiben und niemals auch nur dem geringsten Kompromiß mit der neuen Regierung zuzustimmen." Also Kampf bis aufs Messer! Die Energie des Generals de Castelnau wird hoffentlich die Energie Herriots verdoppeln.

So weit ist es aber noch nicht. Die Kammer muß sich erst nach den vorgeschriebenen Regeln konstituieren, bevor die neue Regierung ernannt werden und der Kampf um die Zukunft beginnen kann. Am Sonntag, dem 1. Juni, beginnt die Sitzungsperiode der Form nach. Der Präsident der Kammer wird, obwohl er bisher seine Zustimmung nicht gegeben hat, wahrscheinlich Painlevé sein, und seine erste Amtshandlung wird in der Entscheidung bestehen, die er zu treffen hat, wenn der Präsident der Republik ihn nach der Tradition ins Elysée ruft, um den Rat des Parlaments über die Wahl des Ministerpräsidenten zu hören. Wird dann der Präsident der Kammer erklären, daß Millerand nicht mehr das genügende Vertrauen besäße, um eine radikale Regierung zu berufen? Die Sozialisten und die äußerste Linke des radikalen Flügels verlangen stürmisch diese Erklärung, die erst dem Siege vom 11. Mai seine wahre Bedeutung vor der Welt geben würde. Besonders der „Quotidien" führt einen erbitterten Kampf gegen Millerand und holt sich als Bundesgenossen eine sehr gewichtige Persönlichkeit: den Alexandre Millerand von 1894, der damals Redakteur der „Petite Republique" war und gegen den Präsidenten Casimir Périer ebenso kräftig Sturm lief, wie heute der Chefredakteur des „Quotidien", Pierre Bertrand, gegen den jetzigen Präsidenten. Die Zitate aus den alten Artikeln Millerands sind oft schlagend, und die Verteidigung der gemäßigten Zeitungen ist nicht sehr glücklich — aber es bleibt trotz alledem abzuwarten, ob die radikalen Führer es für opportun halten, diese Krise gerade jetzt zum Ausbruch zu bringen. Painlevé scheint in jedem Falle keine große Lust zu einer gewaltsamen Aktion zu haben, obwohl er selbst zum Nachfolger Millerands ausersehen ist. Herriot aber wird von allen Blättern der alten Regierung so eifrig umschmeichelt, daß er sich durch dies übergroße Vertrauen der Reaktionäre beinahe schon kompromittiert fühlen dürfte. Im übrigen wird bei einer so wichtigen Entscheidung auch der Senat sein Wort zu sagen haben. Ein tragikomischer Konflikt für den Senatspräsidenten Doumergue, der ebenfalls ein Kandidat für das Elysée ist! Volle Klarheit über diese Entwickelung wird erst der Anfang des Juni bringen, wenn die Resolutionen der beiden Kongresse bekannt geworden sind. Danach erst wird die Welt erfahren, ob die neue französische Kammer so radikal sein wird, wie sie es jetzt sein will.

## Der „Todesstrahl".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**L Paris,** 31. Mai.

Die Informationen über die Erfindung des Engländers Grindell-Matthew werden immer unklarer. Heute stehen in einer Reihe von Zeitungen folgende Mitteilungen: 1. Drei englische Firmen, die Grindell-Matthew Geld für frühere Versuche gegeben haben, erwirken ein gesetzliches Verbot, über die Erfindung der geheimnisvollen Strahlen vor dem nächsten Donnerstag zu verfügen. 2. Zwischen Grindel-Matthew und dem Vertreter einer anderen englischen Gesellschaft ist gestern in Paris ein Vertrag geschlossen worden, der die Ausbeutung der Erfindung an diese neue Gesellschaft überträgt. Betriebskapital 350 000 Pfund. 3. Der Direktor der Rhonewerke, Ingenieur Royer, erklärte, Grindell-Matthew habe am 17. Mai mit der französischen Gesellschaft einen bindenden Vertrag abgeschlossen und könne ohne Zustimmung Royers überhaupt nicht über die Erfindung verfügen. 4. Grindell-Matthew hat die Absicht, sich in Frankreich naturalisieren zu lassen. 5. Grindell-Matthew denkt nicht daran, Franzose zu werden, sondern er will seinem Vaterlande seine Erfindung wahren. Man hat also die Auswahl. Nur über die wichtigste Voraussetzung ist nichts zu erfahren: über die Prüfung der Erfindung durch angesehene Vertreter der Wissenschaft.

## Millerand nimmt den Kampf auf.

**Eine offiziöse Erklärung. — Rücktritt nur, wenn Senat und Kammer gegen ihn entscheiden.**

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**L Paris,** 31. Mai.

Die Frage Millerands, die noch vor acht Tagen die großen Blätter nicht ernst nehmen wollten, beherrscht jetzt die Situation. Die Sozialisten haben in ihren vorbereitenden Beratungen mit großer Majorität beschlossen, **keine Regierung zu unterstützen, die von dem Präsidenten Millerand eingesetzt worden ist,** und der sozialistische Kongreß, der morgen beginnt, wird diesen Beschluß ohne Zweifel sanktionieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist darauf zu rechnen, daß der Arbeitsausschuß der radikalen Partei eine ähnliche Erklärung für geboten erachtet — obwohl es in dieser Beziehung noch eine Aenderung geben könnte. Denn Herriot selbst hat sich, wie später gesagt werden soll, für ein anderes, weniger gewaltsames Verfahren entschieden.

Aber in jedem Falle ist die Frage Millerand für die ganze übrige Entwicklung von großer Bedeutung und deshalb verdient eine Erklärung des Hauptbeteiligten, der bisher nur seine politischen Propagandaches für sich reden ließ, besonderes Interesse. Auch heute spricht der Präsident der Republik durch den Mund Sauerweins vom „Matin". Da aber der gleiche Vertraute im gleichen Blatte die demonstrative Erklärung für den Nationalblock brachte, welche den Kern dieses Streites bildet, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die heutige Auffassung von dem Präsidenten selbst diktiert ist. Der Artikel Sauerweins lautet in seinen wesentlichen Sätzen: „Nach der Demission des Kabinetts Poincarés, die am Sonntag vormittag gegeben wird, kann der Präsident Millerand den Nachfolger erst dann bezeichnen, wenn der Präsident der Kammer gewählt worden ist. Vor Dienstag oder Mittwoch kann also Herriot nicht um seinen Besuch im Elysée gebeten werden. Inzwischen muß aber der Kampf um die Präsidentschaft der Republik ausgekämpft werden. Man wirft Herrn Millerand vor, eine persönliche Politik getrieben zu haben und seither Führer der bei den Wahlen geschlagenen Parteien gewesen zu sein. Darauf ist zu antworten, daß der Präsident der Republik genau die gleiche Politik empfohlen hat, wie der Ministerpräsident. Alexandre Millerand hat also die Verfassung nicht verletzt, und wenn eine Partei oder ein Kongreß eine Resolution gegen den Chef des Staates beschließt, braucht dieser sich um diese Kundgebung nicht zu kümmern. Was geschieht aber, wenn die Männer, denen der Präsident die Regierung übertragen will, einer nach dem anderen ihre Mitarbeit ablehnen? **Wird in diesem Falle der Präsident seinen Posten verlassen? Nach einer genauen Information darf erklärt werden, daß Millerand diese Absicht nicht hat.** Der Präsident der Republik wird sieben Jahre gewählt und kann nur dann zur Verantwortung gezogen werden, wenn er einen Hochverrat begangen hat. Selbst in diesem Falle ist er verfassungsmäßig nur von den beiden Kammern abzusetzen. Wer aus irgendeinem anderen Grunde den Präsidenten zwingen will, sein Amt aufzugeben, begeht einen Verfassungsbruch. Das Parlament muß also wissen, was es tun will. Es wird sich wohl eine Regierung finden, die vielleicht sogar von einem Politiker ersten Ranges geleitet wird, die als erste Amtshandlung im Senat und Kammer eine Botschaft des Präsidenten verliest, über welche die beiden Parlamente abzustimmen haben. Da dieser Antrag der erste sein wird, den die in Betracht kommende Regierung stellt, kann diese wegen einer anderen weniger wichtigen Frage nicht unterstützt werden. Die Kammer muß also den Mut ihres Beschlusses haben. Es ist möglich, daß die gegen den Präsidenten entscheidet; aber es ist unwahrscheinlich, daß auch der Senat sich dieser Entscheidung anschließt. Damit ist die Lage klar. Der Präsident Millerand wird nicht demissionieren, wenn ein Parteikongreß es will, und er wird ebenso wenig sein Amt niederlegen, wenn nur eines der Parlamente sich gegen seine Amtsführung ausspricht. **Nur das übereinstimmende Votum der beiden Kammern nach der Abstimmung über eine Botschaft des Präsidenten kann Millerand zum Rücktritt bewegen.**

Danach ist also kein Zweifel: Millerand nimmt den Kampf auf und gedenkt ihn zu gewinnen. Bei der Vorbesprechung über die Kabinettsbildung wird die Frage den Ausschlag geben, ob der Leiter der neuen Regierung dazu bereit ist, die Botschaft des Präsidenten in der angegebenen Form den Kammern zu übermitteln. Obwohl noch nichts bestimmtes beschlossen ist, lassen Aeußerungen Herriots vermuten, daß er selbst nichts dagegen hat, die Entscheidung im Falle Millerand den beiden Kammern zu überlassen. Er soll nach den Mitteilungen einer Agentur gesagt haben: „Wenn Herr Millerand mir die Kabinettsbildung überträgt, dann nehme ich an. Die Frage Millerand kann nur durch Kammer und Senat entschieden werden, wenn sie überhaupt gestellt werden muß." Die Radioagentur, die diese Information verbreitet, gibt allerdings für tendenziös, aber in der Sitzung des radikalen Arbeitsausschusses, die gestern nacht stattfand, hat Herriot ähnliches geäußert. Er erklärte, daß er es für unmöglich halte, eine Berufung ohne weiteres abzulehnen. Herriot will vorher seine Bedingungen stellen und eine genaue Abgrenzung der verfassungsmäßigen Rechte des Präsidenten verlangen. Herriot hat diese Auffassung begründet und erklärt, daß der Parteikongreß am Sonntag die endgültige Entscheidung über das Vorgehen der Partei zu treffen hätte. Bei der gleichen Gelegenheit hat Herriot in zweistündiger Rede sein Programm entwickelt. Das meiste ist bekannt. Eine Einladung zur Mitarbeit in der Regierung an die Sozialisten wurde beschlossen. Der Brief wird heute früh dem Sozialistenführer Leon Blum übermittelt werden. Wenn der Wille der Sozialisten bekannt ist — mit einer Ablehnung wird bereits gerechnet —, dann wird die radikale Partei ihren Wählern das Mindestprogramm vorlegen: Amnestie, Verteidigung des Franc, Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, internationale Abmachungen auf der Basis des Sachverständigenberichts. Herriot will so rasch wie möglich mit MacDonald in Verbindung kommen und gedenkt ebenso wie der englische Premierminister im September zur Völkerbundstagung nach Genf zu gehen. Dies sind also die vorläufigen Beschlüsse des radikalen Ausschusses. Die Gerüchte, die über Meinungsverschiedenheiten zwischen den alten Radikalen und den neuen Deputierten bestehen, haben zunächst keine Bedeutung, es scheint aber richtig zu sein, daß der Kampf gegen Millerand nicht von den Freunden Herriots, sondern von den Anhängern Briands ausgeht.

Ueber die Kandidatur Painlevés für den Vorsitzenden der Kammer sind heute verschiedene Versionen im Umlauf. Einige Zeitungen dementieren die Andeutung des „Temps", daß die Kandidatur Painlevés noch nicht endgültig sei, dagegen behaupten andere gewöhnlich gut informierte Zeitungen, wie das „Echo de Paris", daß Painlevé selber noch im Zweifel sei, und erst die Vormittagssitzung des Kongresses abwarten wolle. Das „Echo de Paris" hält die Berufung Herriots noch nicht für ganz sicher. In der Ueberfülle seiner Wünsche geht das nationalistische Blatt so weit, von einem „eventuellen Nachfolger Poincarés" zu sprechen, um anzudeuten, daß vielleicht doch noch einmal Raymond Poincaré Ministerpräsident werden könne. Soweit wird es wohl nicht kommen. Heute kündet bereits der „Temps" und „Revue des deux Mondes" die neue Mitarbeit Poincarés an.

## Rußland und China.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

**Ξ New-York,** 31. Mai.

Nach einer Meldung aus Peking scheint der tote Punkt in den Verhandlungen, die die Anerkennung Sowjetrußlands durch China zum Ziele haben, überwunden zu sein. Gestern hat eine Unterredung zwischen dem chinesischen Minister des Aeußern Dr. Wellington Koo und dem russischen Vertreter L. M. Karachan stattgefunden, bei der beide Parteien, wie gemeldet wird, eine bemerkenswert versöhnliche Haltung eingenommen haben.

## Große Berliner Kunstausstellung

Von **Fritz Stahl.** [Nachdruck verboten.]

Die „Freie Sezession", zuerst gewillt mitzumachen, hat in letzter Stunde erklärt, sie könne nicht, weil sie kein Material habe, die drei Säle standesgemäß zu füllen. Dieses Vorgehen, von dem Standpunkt offenbar veralteter Ideen von Vorthalten höchst anfechtbar, entwaffnet doch die fast großartige Ehrlichkeit des Bekenntnisses. Das ganz gewiß wahr ist, ebenso wahr aber auch für alle anderen Gruppen, die sich nicht zu ihm aufschwingen können. Hat die Akademie schon ihre Schwierigkeiten, so ist es vollends unmöglich, nachdem sie alles irgend Zulängliche herangezogen hat, zugleich — und vier Wochen früher oder später ist zugleich — Ausstellungen von irgendwelcher Bedeutung zu machen. Und nun gar in so wenig produktiven Jahren.

Die Große — lieber Gott, immer noch Große — Berliner beweist das, nachdem es die Berliner Sezession vor zwei Monaten bewiesen hat. Beweist es, trotzdem die neue Kommission unter Bahrfeldt eine geradezu heldenhafte Anstrengung unternommen und wieder einmal in den unmöglichen Glaskasten eine Menge Geld und Arbeit hineingesteckt hat. Vor zehn Jahren hätte sie diese Ausstellung noch retten können. Heute wäre es nur durch das Wunder möglich, daß in den zwei, drei Jahren, die ihr die Vereinsbrüder vielleicht geben werden, sich ein sehr begabter Nachwuchs einstellt. Aber wer glaubt noch an Wunder?!

Alle Organisation nützt nichts, wenn es an Material fehlt. Und Material in diesem Sinne sind nur Werke von Charakter. Zwanzig, dreißig, ja zehn zur Not genügen, einer Ausstellung Sinn zu geben und sie als berechtigt erscheinen zu lassen. Das andere braucht nur Niveau zu sein. Aber solche Werke sind garnicht da. Die guten Bilder von Liebermann, Slevogt, Leistikow, Thoma, L. v. Hofmann, die Bronzen von Gaul, die aus dem Besitz der Städte Berlin, Charlottenburg und Schöneberg ausgestellt sind, geben der Ausstellung einen Saal von Kunstatmosphäre, und man kann sich für die Besucher darüber freuen. Aber sie können den Mangel der Produktion nicht wett machen. Um so weniger, als keiner dieser Künstler zu dem Kreise der veranstaltenden Gruppe gehörte. Bleibt also nur Niveau. Und das ist zu Wenig.

Man hat es etwas verbessert dadurch, daß einmal rücksichtslos die Hälfte des Riesenhauses abgeschlossen worden ist und es nicht mehr die Reihe der Schreckenskammern gibt, durch die der entsetzte Besucher fliehen mußte. Aber es ist noch genug Minderwertiges da. Abhub und vor allem Mischung sämtlicher Arten der letzten drei Jahrzehnte. Es gibt keinen besseren Beweis dafür, wie notwendig ein neuer Start ist, das heißt, daß man als Grundlage ein gutes Handwerk braucht nach all dem Ateliergefexe, eine neue konsequente Erziehung. Das Schlimmste sind ja die Mixer.

Wenn von Niveau die Rede ist, so wird das Wort hier in sehr bescheidenem Sinne gebraucht. Man findet eben Landschaften, Stillleben, auch einmal ein Porträt, die gewisse Eigenschaften des Gefühls und des Vortrags haben, annehmbar als Chor, zu gering als Solisten. Man streicht sie im Katalog an, weil sie hier angenehm auffallen. Aber wenn man etwas darüber sagen soll, ist man in Verlegenheit, um so mehr, als man von fast allen diesen Künstlern schon gesprochen hat, wenn sie mehr und wohl auch Stärkeres zeigten.

Weshalb auf Aufzählung zu verzichten ist.

Am besten wirken Künstler, die einer alten geschlossenen Art treu geblieben sind oder eine ähnliche für sich gefunden haben. Das Porträt einer alten Frau von dem leider unheilbar erkrankten Heinrich Völkerling imponiert geradezu in seiner Sicherheit. Gewiß, die dunkle Farbe datiert es zurück. Aber es ist lebendiger als alle die halben Impressionismen und Expressionismen. Ein Frauenporträt von Holleck-Weithmann erinnert, ohne nachzuahmen an die charaktervollen und durchmodellierten Bildnisse der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Selbstporträt von Imre Goth, ein ausdrucksvoller Kopf voll verhaltener Leidenschaft, sehr fein in Halbdunkel gestellt, läßt aufschauen. Käthe Münzer gibt ein wohlgetroffenes Porträt des verehrten Kollegen Alfred Klaar. Gustav Hilberts Bauernjunge hat etwas von der präzisen Zeichnung und der Innerlichkeit des Thomakreises. Erich Feyerabends Tierstück ist — Verkleinerung eines übergroßen früheren Bildes — bemerkenswert. Auch in dem „Heiligen" spürt man ein starkes Talent, aber auch den Zweifel, was der Maler eigentlich damit anfangen soll.

Und diese Unsicherheit geht durch. Sie ist den Modernen und den Traditionellen gemeinsam. Zeichen der Zeit, eines nervösen und geschwächten Wollens, das auch unter der Maske des Eigensinns deutlich zu erkennen ist.

In der „Novembergruppe" trägt man diese Maske. Täuscht sie auch heute noch jemanden? Die einzigen beiden Talente, die in Betracht kommen, sind Wilhelm Schmid und Davringhausen, die mit dem Unfug der übrigen nichts zu tun haben und nur aus mißverstandener Treue bei den Quadratmännern blieben. Davringhausen zeigt sehr starke, nur etwas outrierte Zeichnungen.

Für die Plastik hat man Franz Metzners Nachlaß herangezogen, der ein gewisses Gewicht hat. Sonst fehlt es auch sehr daran. Hans Bluchs „Agitation" fällt als kräftiger Griff auf. Walter Haufchilds Arbeiten in Schmelz sind schöner.

Die graphische und Buchabteilung sind recht bunt. Es hat bei der Leitung an Wertgefühl gemangelt. Man kann nicht Kunst, Kitsch und Unfug an dieselbe Wand hängen. Wer gut zusieht, wird manches Erfreuliche finden, z. B. Studienköpfe von Herbert Arnold von fast klassischer Einfachheit, eine feine und ausdrucksvolle Zeichnung eines Frauenkopfs in rötlicher Tusche von Hans Steiner, des jung verstorbenen Joachim Hoffmann-Fallersleben entzückend zarte Blumenradierungen, die sicher einmal eine Sammlerleidenschaft sein werden. Unter den Buchillustrationen sind auch Arbeiten von Liebermann und Slevogt.

Die beste Abteilung haben fraglos die Architekten geschaffen. Leo Nachlicht hat die Sammlung geleitet und in dem geschickt adaptierten früheren Skulpturensaal angeordnet. Sie verlangt eine besondere Besprechung. Für heute sei nur gesagt, daß sie Werke früherer und moderner Baukünstler enthält. Sie führt von alten Italienern bis zu den Neuesten und, da sich der Architektursaal der Novembergruppe anschließt, Allerneuesten. Sie gibt also viel zu sehen und zu denken.

## Lustspielhaus.

**„Der Vulkan" von Ludwig Fulda.**

**ke.** Aus den Szenen, die Eheleute einander machen, hat Fulda die vier Akte dieses hübschen Lustspiels geformt. Der totsichere Schlußpunkt läßt etwas auf sich warten, die letzte Zuspitzung müßte rascher kommen — sonst aber hüpft die Komödie sehr munter um Eheleid und Streit, bis aus der Scheidung wieder Versöhnung und neue Verhöhnung entsteht. Die Satire bohrt nicht, sie kitzelt nur, sie greift die kleinen Züge des Ehedaseins geschickt und witzig auf und verbreitet eine angenehme bürgerliche Luft mit einem Windhauch von Unbürgerlichem darin. Mit dem gleichen Erfolg wie gestern ist das Lustspiel schon im Trianon-Theater gegeben worden, mit derselben Olga Limburg, die ihre frisch zupackende, aus echter Humornatur geborene Laune über der jungen Frau erglänzen läßt. Alfred Viebach ist ihr munterer Gegenspieler, und lustig, wenn auch nicht nuancenreich, ist Valeska Stock. Im übrigen: Einzug der Gäste aus der Provinz. Die wichtige Rolle des Justizrats wird vom Souffleur gesprochen, der einen Herrn Panta als erschreckend langweiliges Medium verwendet.

□ **Helene Odilon als Bettlerin.** Wie unser Korrespondent aus München meldet, hat die einst sehr berühmte Schauspielerin Helene Odilon den Münchener Zeitungen mitgeteilt, daß sie, gelähmt und erwerbsunfähig wie sie sei, mit einer selbstverfaßten Broschüre und ihrem Bild als Madame S.-Gène eine Tournée durch die deutschen Städte und Bäder machen werde, um in Hotels und Restaurants Almosen für sich zu sammeln.

# General Seeckt im Thormann-Grandel-Prozeß.

## Die Briefe des Justizrats Claß.

### Der heutige Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung gab Justizrat Hahn eine Erklärung ab, die sich auf die gestrige Aussage des Zeugen Tettenborn bezog. Der Verteidiger erklärt, daß Baron v. Auffeß und Oberst Seißer niemals bei Justizrat Claß gewesen seien. Auch Graf Reventlow bestreitet, daß er eine Beeinflussung des Zeugen Tettenborn versucht habe.

**v. Tettenborn** gab hierzu an, daß er bei seinen Behauptungen bezüglich des Grafen Reventlow bleibe. Bezüglich des Barons Auffeß und Oberst Seißer schränkte er seine Aussage dahin ein, daß Herr v. Auffeß am 25. September, Seißer am 2. November in Berlin und im Alldeutschen Verband gewesen seien.

Rechtsanw. Dr. Sack gibt die Erklärung ab, daß er niemals die Verteidigung des Zeugen Tettenborn in einem anderen Verfahren übernommen habe. Der Zeuge Tettenborn schränkt daraufhin seine Aussagen ein, so daß Rechtsanw. Dr. Sack sich zu der Bemerkung veranlaßt sieht: „Der Zeuge geht mit seinen Bekundungen sehr leichtfertig um."

Generalstaatsanwalt Lindow **beantragt daraufhin die Ladung des Grafen Reventlow** zur Prüfung der Glaubwürdigkeit Tettenborns.

Nach längerer Beratung beschließt das Gericht, auf die Ladung der Zeugen Baron v. Auffeß und Oberst Seißer zu verzichten, dagegen den **Grafen Reventlow zu vernehmen,** der für Montag geladen wird.

Hierauf erfolgte die **Vernehmung des Zeugen Hans Trepte,** des früheren Privatsekretärs Gilberts. Ich erfuhr, so sagt der Zeuge aus, zehn Tage vor der Verhaftung Thormanns von dem Attentat durch das Diktat einer Kartothekenotiz für den Reichskommissar. Gilbert erklärte, daß Thormann bereits 4000 Dollar bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei hinterlegt hatte. Ich sagte ihm, daß möglicherweise das Ausland dahinterstecke, da ich eine französische Gruppe kenne, die an General Seeckt Interesse hat. In der Nacht vor der Festnahme Thormanns kamen Obervegierungsrat Mühlesien, Gilbert, Tettenborn, Merz und Köpke in meine Wohnung, um eine Besprechung abzuhalten. Nach der Festnahme Thormanns sagte mir dann Gilbert: „Der große Schlag ist geglückt." Meine Empfindung war, jetzt haben wir eine zweite Zabern-Affäre, weil ich nicht an die Ernsthaftigkeit des Attentats glaubte.

Vors.: In Ihrer Wohnung hat Gilbert in Ihrem Schrank Sachen gesucht, eine Reithose usw.

Zeuge: Ich fragte ihn, was er suchte, aber er sagte mir, das ginge mich nichts an.

Vors.: Haben Sie an der Beratung in Ihrer Wohnung teilgenommen?

Zeuge: Nein, Herr Gilbert schickte mich schlafen.

Rechtsanw. Bloch: Wann lernten Sie Gilbert kennen?

Zeuge: Ich lernte ihn unter dem Namen Holzmann kennen.

Justizrat Hahn: Hat sich Gilbert als Beamter des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung ausgegeben?

Zeuge: Jawohl, übrigens hat mir Gilbert auch über General v. Seeckt eine Kartothekenotiz diktiert, über die ich öffentlich nicht aussagen kann.

Dr. Sack: Herr Gilbert hat politische Berichte für den Reichskommissar gemacht. Er hat doch auch über General v. Seeckt und den Rheinbund berichtet?

Zeuge: Jawohl.

Dr. Sack: Herr Gilbert unterhielt wohl ein Nachrichtenbureau und wurde dafür von einer Stelle bezahlt?

Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage.

Dr. Sack: Das dürfen Sie nicht.

Zeuge: Jawohl, er hat es unterhalten.

Dr. Sack: Sie haben Gilbert einmal im Zimmer 179 des Reichskommissariats getroffen. Was wurde dort verhandelt? Sie sollen eine Aeußerung Gilberts gehört haben, daß die Machenschaften gegen Thormann geglückt seien.

Zeuge: Jawohl!

Dr. Sack: Hat nicht Hilbert Herrn v. Seeckt als Schädling in einem Artikel bezeichnet?

Zeuge: Er bezeichnete Seeckts Gattin als Jüdin. Gilbert war ein Feind der Organisation Consul und erklärte, es sei notwendig, die Vaterländischen Verbände umzulegen.

## Die Aussage des Generals v. Seeckt.

Nach einer kurzen Pause wurde dann **General v. Seeckt** aufgerufen.

Vors.: Glauben Sie, daß es notwendig ist, die Oeffentlichkeit auszuschließen?

General v. Seeckt: Es sind keine Staatsgeheimnisse dabei. Ich erfuhr von dem Attentat durch den Reichskommissar für die öffentliche Ordnung. Ich kannte beide Angeklagte nicht.

Vors.: Glaubten Sie, daß die ernstliche Absicht vorlag, Sie zu beseitigen?

General v. Seeckt: Das ist schwer zu sagen. Befremdend ist nur, daß man die Tageszeit herausgriff, die regelmäßig zum Reiten festgesetzt war.

Vors.: Sie kennen Herrn Claß?

v. Seeckt: Ich hatte ihn einigemale gesprochen. Dann war er auf mein Bitten lange Zeit nicht da und kam im September vorigen Jahres zum letztenmal.

Vors.: **Was wünschte Herr Claß?**

General v. Seeckt: **Das ist positiv schwer zu sagen, denn mit Bestimmtheit konnte man nicht sagen, was er eigentlich wollte. Er glaubte, er hätte zahlreiche Verbände hinter sich und könnte einen Umschwung der Verhältnisse herbeiführen. Claß gehört zu den Leuten, deren politisches Denken in dem Wort zusammenfließt: „Es muß etwas geschehen!" Die Herren suchen den General, der dumm genug ist, auf sie hereinzufallen. Das bin ich nicht. Unsere Unterredung schloß damit, daß ich sie nicht im Zweifel ließ, daß ich jedem Umsturz, ob von Rechts oder Links, mit allen Mitteln begegne.** Ob ich sagte: „Ich schieße bis zur letzten Patrone", weiß ich nicht. Solche Aeußerungen liegen mir nicht. Aber dem Sinne nach hatte er mich richtig verstanden.

Generalstaatsanwalt: Haben Sie Herrn Claß deutlich gemacht, daß Sie ihn nicht mehr zu sprechen wünschen?

Seeckt: Nein.

Justizrat Hahn: An dem Tage fanden viele Unterredungen statt. Auch mit Herren vom Landbund. Liegt da nicht eine Verwechslung vor?

General v. Seeckt: Nein. Justizrat **Claß hat mir keine bestimmten Umsturzvorschläge gemacht, aber sein Streben ging doch in dieser Richtung.**

## Justizrat Claß bestreitet alles.

Vors.: Herr Justizrat, äußern Sie sich, bitte.

Justizrat Claß: Die Schilderung des Herrn Generals stimmt mit der Wahrheit nicht überein. Mir ist es unfaßbar, daß, wie ich schon dem Untersuchungsrichter sagte, der General sich so in meiner Person irrt. Meine Aufgabe der ganzen Jahre ist es, zusammenzuhalten, was da ist, und daß ich Dinge verhindert habe, die sich vorbereiteten. Ich möchte General v. Seeckt gewisse Dinge ins Gedächtnis zurückrufen, aber unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Ich übe Selbstzucht. Wenn ich aufgeregt wäre, wäre ich schon vor 15 Jahren ins Irrenhaus gekommen. Um ein Bild zu brauchen: Ich habe mir einen Generalstab geschaffen, der weiß, was er zu tun hat, wenn es darauf ankommt. Exzellenz Seeckt konnte aus meinen Worten nicht das entnehmen, was er heute dartut. Ich wollte wissen, wie die Reichswehr sich hinter Exzellenz Seeckt stellt. Die Unterrredung ging davon aus, daß ich sagte, Deutschland könne nur durch die Reichswehr gerettet werden, und daß alle pflichtbewußten Männer sich an Exzellenz Seeckt anlehnen müßten. Ich hörte damals, daß etwas in der Luft lag. Ich wollte von Exzellenz hören, ob man die Dinge laufen lassen sollte. **Exzellenz Seeckt nannte mir 5 Namen, die als verdächtig in Frage kamen.** Ich wunderte mich, daß der Name, der mir am nächsten lag, nicht genannt wurde. Ich bin also kein Denunziant. **Seeckt sagte, das sind Verbrecher,** und bat mich, auch meinerseits Einfluß auszuüben, wo ich konnte. **Ich fragte: Aber wenn es doch losgeht, und Exzellenz Seeckt sagte: „Ach, Sie meinen von Rechts? Dann würde ich ebenso rücksichtslos schießen, wie gegen die Kommunisten."** Das ist unantastbar richtig. Ich wollte haben, daß nichts geschieht. Aber ich sitze in Berlin, und da ich wollte, daß man in Bayern wisse, wie die Reichswehr stände, habe ich mit Dr. Grandel darüber gesprochen.

Generalstaatsanwalt: Herr Claß müßte Auskunft geben, ob er nicht nach dieser Unterredung mit Exzellenz Seeckt anderer Meinung über die Notwendigkeit Seeckts war.

Claß: Seit zwei Jahren wird mir alles in die Schuhe geschoben, die Ermordung Rathenaus, die Münchener Vorgänge usw. Ich bin froh, wenn ich mich hier aussprechen darf. Ich habe immer betont, Deutschland könne nur gerettet werden, durch enge Zusammenarbeit der nationalen Kreise und des Heeres. Damals stand Exzellenz Seeckt noch nicht an der Spitze des Heeres. Ich habe gepredigt, daß es vermieden werde, daß die Wiedergeburt mit einem Treubruch des Heeres beginne. Nun soll ausgerechnet ich Exzellenz Seeckt zu einem Treubruch verleitet haben.

Rechtsanwalt Bloch: Mir ist die Einstellung des Generalstaatsanwalts gegen Herrn Claß nicht klar. Herr Justizrat Claß ist nicht Angeklagter, sondern Zeuge. Das Verfahren gegen ihn ist fallen gelassen worden. Ich möchte sonst bei weiteren Fragen jedesmal um einen Gerichtsbeschluß bitten.

Generalstaatsanwalt: Ich bitte um **Verlesung der bei Herrn Claß gefundenen Schriftstücke.** Da ist zuerst der Brief an Herrn Bang am 27. Oktober 1923 über das Verhalten gegenüber der Reichsregierung. Es heißt da: **Die friedliche Ueberleitung muß unter allen Umständen verhindert werden. Wir wollen den Schweinehunden energisch zu Leibe gehen.**

Dr. Sack: Ich bitte um Gerichtsbeschluß. Die Verlesung eines Briefes ist nur gestattet, damit sie die Aussage eines Zeugen ersetzen soll.

Justizrat Hahn: Herr Claß und ich bitten um größtmögliche Klärung, aber wir bitten, daß nicht Sachen in die Verhandlung gebracht werden, die nicht dazu gehören. Das Schreiben bezieht sich auf die Verhältnisse im Rheinland, aber nicht auf Claß oder Grandel.

R.-A. Bloch: Der Brief ist ein Beweismittel vielleicht gegen Claß wie gegen Grandel.

Justizrat Claß: Damals tauchten Nachrichten auf, daß Reichskanzler Stresemann ein Abkommen mit den Besatzungsmächten und maßgebenden Kreisen im neubesetzten Gebiet getroffen habe, wonach die Bildung eines Nebergangsstaates in die Wege geleitet werde. Der Briefschreiber, ein hoher Beamter, schrieb in der ersten Aufregung an seinen Freund Bang. Bang gab mir den Brief, und ich sagte zu ihm: „Mein lieber Freund, ich bin nicht für Sensationen."

## „Die echte Diktatur".

Generalstaatsanwalt: Da ist noch ein Brief vom 27. November, gerichtete an Herrn Bongards. Es heißt darin: Die Diktatur Kahrs ist so unecht, wie die Seeckts. Ob die echte Diktatur von Berlin kommt, ist fraglich. **Wir tun alles, um der echten Diktatur die Wege zu ebnen.**

Justizrat Claß: **Das tue ich noch.** Bongards ist ein ausgewiesener Elässer, der mich über die Lage betragte und dem ich antwortete: Das Münchener Unglück hat als Glück die Kehrseite gehabt, daß Exz. v. Seeckt die Mittel in die Hand bekam, die Verhältnisse legal zu ordnen." Der Inhaber der vollziehenden Gewalt ist meiner Ansicht nach berechtigt, ein Ministerium zu entlassen oder den Reichstag aufzulösen. So wie Kahr den Bayerischen Landtag hätte nach Hause schicken können.

**v. Seeckt: Das, was Herr Claß mir vorschlug, war ein Verfassungsbruch und Staatsstreich.**

Dr. Sack: Exzellenz meinen also, daß man legal den Umschwung 1923 nicht herbeiführen konnte.

v. Seeckt: Nein.

Justizrat Claß: Ich bitte um Ausschluß der Oeffentlichkeit, um mich über die Unterredung zu verbreiten.

Vors.: Ich lege kein Gewicht auf die Erörterung dieser Frage.

Rechtsanw. Bloch: Ich stelle den Antrag, Herrn Claß nicht weiter in Dingen der Anklage zu vernehmen.

Generalstaatsanwalt: Der eben angezogene Brief fährt fort: „Unser Ziel ist dasselbe geblieben und wird mit [illegible] weiter verfolgt. Vielleicht führt der Sieg zum Ziel."

Dr. Sack: Hat Herr Claß den Brief geschrieben?

Generalstaatsanwalt: Es ist die Abschrift eines bei ihm gefundenen Briefes.

Vors.: Von wem stammt der Brief?

Claß: Ich habe den Brief an Herrn Bongards geschrieben.

Vors.: Dann äußern Sie sich darüber.

Justizrat Claß (spricht so leise, daß er wenig verständlich ist): **Ich habe Tag und Nacht gearbeitet für die echte Diktatur.** Der Satz dürfte sich auf das Scheitern der Pläne für das Direktorium und die Münchener Pläne beziehen. Der Zustand, in dem wir uns heute befinden, kommt daher, daß damals nicht meine Arbeit gemacht wurde.

Vors.: Haben Sie auch mit Grandel von der echten Diktatur gesprochen?

Claß: Gewiß.

Justizrat Hahn: War damit auch die Beseitigung v. Seeckts gemeint?

Justizrat Claß: So ein Hitzkopf bin ich nicht, daß ich so etwas schreibe.

Generalstaatsanwalt: Es folgt ein Brief aus Stuttgart von einem Professor, dessen Namen ich nicht nennen möchte. Es heißt darin: „Seeckt ist der Schildhalter Eberts. Seeckt hat sich durch das Bekenntnis der Legalität das Urteil gesprochen. Seeckt ist jetzt nicht mehr in Frage. Sein Rätsel ist gelöst. Er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der heute unheilvollen Zustände verhindert. Seeckt ist der Mann mit der eisernen Maske."

Herr Claß antwortet: „Herr Seeckt ist kein Mann mit der eisernen Maske, keine Sphynx mehr. Er ist durch sein Festhalten an der Legalität in seine verhängnisvolle Rolle geraten."

Justizrat Claß: Jawohl, das ist meine Ansicht heute noch.

Vors.: Haben Sie Grandel darüber gesprochen?

Justizrat Claß: Sehr möglich.

Rechtsanw. Sack: Das Verhalten des Herrn Generalstaatsanwaltes ist mit der Rechtsprechung nicht vereinbar. Ich behalte mir alles weitere vor.

Generalstaatsanwalt: Es ist noch weitere Korrespondenz bei Herrn Claß gefunden worden: Am 19. Januar hat Rechtsanwalt Epstein aus Augsburg nach der Verhaftung Grandels an Herrn Claß geschrieben. Auf den Brief hat Herr Claß geantwortet: „Stehe Dienstag zur Verfügung. Finanzrat unterwegs."

Rechtsanw. Dr. Sack erklärt, daß das Gericht über die Verlesung der Briefe zu entscheiden habe. Das Gericht solle entscheiden, daß das Vorgehen des Generalstaatsanwaltes mit der Rechtsprechung unvereinbar sei. Er bitte um Protokollierung, daß der Generalstaatsanwalt ohne Beschluß des Gerichts die Briefe verlesen habe.

Der Vorsitzende bittet hierauf den Generalstaatsanwalt, in Zukunft Briefe nicht ohne weiteres zu verlesen.

Generalstaatsanwalt: Sind Ihnen auch keine Andeutungen gemacht worden über eine Schuld Grandels?

Justizrat Claß: Nein.

Generalstaatsanwalt: Aus den aufgefundenen Briefen, auch aus denen des Grafen Reventlow, scheint mir doch hervorzugehen, daß Ihre Beziehungen zu Herrn Grandel sehr eng waren, und daß er Informationen von Ihnen erhalten hat.

Justizrat Claß: Ich habe Dr. Grandel nicht eine Sekunde verleugnet und werde das auch nicht tun.

Vors.: Wie war denn Ihre **Gegenüberstellung mit Grandel** vor dem Herrn Untersuchungsrichter?

Justizrat Claß: Der Untersuchungsrichter hatte mir mitgeteilt, daß Thormann und Grandel verhaftet seien, und daß auch gegen mich Beschuldigungen erhoben worden seien. Ich fuhr zum Untersuchungsrichter, und dann wurde Grandel geholt. Es kam ein Mann, den ich nicht wiedererkannt hätte, wenn mir nicht sein Anzug bekannt gewesen wäre. Der Untersuchungsrichter teilte Grandel mit, er habe jetzt Gelegenheit, seine Angaben Auge im Auge mit mir zu wiederholen. Da hat Grandel den Kopf gesenkt und saß lange Zeit still da. Dann weinte er, sprang plötzlich auf mich zu, beugte sich über meine Rechte und sagte: „Herr Justizrat, können Sie mir verzeihen, was ich getan? Dann erklärte Grandel, er müsse seine Aussage widerrufen. Der Untersuchungsrichter äußerte, daß Grandel entweder gestern eine Schlechtigkeit mir gegenüber begangen habe, oder jetzt ihn, Dr. Rothmann, anzuklagen versuche. **Grandel blieb aber dabei, daß er alles zurücknehmen müsse.** Er erklärte, er habe seit seiner Verhaftung weder gegessen noch getrunken, und sei fast nicht mehr er selbst. Ich hatte den Eindruck, daß Dr. Grandel mit seinen Nerven und seiner Denkfähigkeit zu Ende war. Auch Frau Dr. Grandel äußerte hinterher: „Das ist ja mein Mann nicht mehr." In mir waren alle Haß- und Rachegefühle erloschen. Ich sah in ihm nur noch den unglücklichen, gebrochenen Menschen.

Generalstaatsanwalt: Wir fiel gestern, als die Rede davon war, daß eventuell nach Tettenborns Ansicht noch eine zweite Kolonne gegen Herrn v. Seeckt eingesetzt sein könnte, die Tatsache auf, daß der Zeuge Tettenborn zu einem der Vrteedigher hinüberzischelte: „Potsdam." Was hat es damit auf sich?

Justizrat Hahn (sehr erregt): Ich bitte den Herrn Generalstaatsanwalt, bekanntzugeben, welchen der Verteidiger er meint.

Rechtsanwalt Dr. Sack (aufspringend): Ich weise entschieden zurück, daß der Zeuge mit einem der Verteidiger gezischelt hat.

Zeuge v. Tettenborn: Die Sache erklärt sich so, daß ich den Angeklagten Thormann meinte. Ich weiß nämlich, daß er in der Zeit vom 9. bis 12. Januar sich in Potsdam im Schießen geübt hat.

Justizrat Claß: Das hat natürlich nichts mit den Besprechungen in Potsdam zu tun, zu denen Graf Reventlow Finanz- und Währungssachverständige, darunter wohl auch Dr. Grandel, eingeladen hatte, um das Programm der Partei fertigzustellen, der er nahesteht. Ich muß dann noch folgendes widerlegen: Der Zeuge Tettenborn hat behauptet, daß am 23. oder 24. September Herr Baron v. Auffeß aus München, und später Oberst Seißer mich besucht hätten. Dazu erkläre ich, daß ich Herrn v. Auffeß überhaupt nicht kenne, und daß ich Oberst v. Seißer ein einziges Mal vor langer Zeit in München gesehen habe. Ich habe auch nie den Grafen Reventlow gebeten, dahin zu wirken, daß Dr. Grandel oder ich entlastet werden.

Mit Rücksicht auf einen **neuen Schwächeanfall Dr. Grandels** wurde die Sitzung nunmehr unterbrochen.

## Das Ende des Ruhrstreiks.

### Aufruf der Verbände zur Wiederaufnahme der Arbeit.

**Bochum,** 31. Mai. (W. T. B.)

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem diese aufgefordert werden, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Unter Hinweis auf die von den vier Bergarbeiterverbänden zurückgewiesene Streikparole der Kommunisten und Unionisten werden die Bergarbeiter ermahnt, auch in Zukunft nur den von den Organisationen ausgegebenen Parolen zu folgen.

## Hohe Zuchthausstrafen für Landesverräter.

### Polnische Handlanger.

**Breslau,** 31. Mai. (W. T. B.)

Vor dem Straffenat des hiesigen Oberlandesgerichts standen Volksschullehrer und Amtsvorsteher Riedel aus Kanterwitz (Kreis Militsch), Volksschullehrer Josef Malochny, Dekorationsmaler Wilhelm Kreisel, Gastwirt Josef Geide, sämtlich aus Pomikri, Kreis Militsch, wegen versuchten Landesverrats. Die Oeffentlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen. Verurteilt wurden: Riedel und Malochny zu je sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, Kreisel zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust, und Geide zu einem Jahr Gefängnis. Den Angeklagten werden fünf Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Den Angeklagten war bekannt, daß sich in ihrem Heimatort ein Waffenlager für den Grenzschutz befand, und daß diese Waffen gegen einen eventuellen Polneinfall benutzt werden sollten. Die Angeklagten versuchten, diese Waffen den Polen in die Hand zu spielen, und erhofften von dem Verkauf finanzielle Vorteile. Erschwerend fiel ins Gewicht, daß die beiden ersten Angeklagten dem Volksschullehrerstande angehören und der Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Geide wurden mildernde Umstände zugebilligt.

---

* **Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten** (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 28. Mai auf das 1,13-Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,15 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,7 v. H. zu verzeichnen.

---

**Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend.**
Am Tage starke Bewölkung und etwas Gewitterneigung; wenig veränderte Temperaturen.

## Ehetragödie im Berliner Südwesten.

### Den Ehemann erschossen.

Eine Ehetragödie spielte sich gestern vormittag in dem Hause Friedrichstraße 3 ab, in dem der 39 Jahre alte Hauptmann a. D. Holz mit seiner 30 Jahre alten Frau Ella, geb. Roppel, wohnte. Das Ehepaar lebte früher in voller Eintracht. Das änderte sich aber in der letzten Zeit, weil Holz sich dem Trunk ergab. Die Ehe wurde zerrüttet, und es gab wiederholt Zwist und Auftritte. In der Nacht zum Freitag kam Holz wieder betrunken nach Hause und brachte einen Freund mit. Nachdem dieser fortgegangen war, schlug er seine Frau. Morgens jagte er sie aus dem gemeinsamen Schlafzimmer und warf mit Gegenständen nach ihr. Als er wiederholt mit Tätlichkeiten drohte, warnte ihn die Frau, sie noch einmal anzufassen. Trotzdem drang er wieder auf sie ein. Jetzt griff die Frau zum Revolver, den sie verborgen bei sich trug und gab zwei Schüsse auf ihn ab. Einer traf ihn in den Leib, so daß er zusammenbrach. Ein Ueberfallkommando der Schutzpolizei, das herbeigerufen wurde, verhaftete die Frau und brachte den Schwerverletzten nach der Charité. Hier starb er schon während der Operation, die sofort vorgenommen werden mußte.

Ein Aufsehen erregender Vorfall spielte sich im Norden Berlins vor dem Grundstück Torstraße 20 ab. Hier gab ein junger Mann auf sein Mädchen drei Revolverschüsse ab, ging dann in den Hausflur des Grundstücks und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Das Mädchen gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhause gebracht, wo sie bald darauf verstarb. Der Täter war auf der Stelle tot.

*

Eine bestialische Brandstiftung rief gestern abend kurz vor 11 Uhr die Feuerwehr nach dem Hause Hermannstraße 6 in Neukölln. Hier hatte der 58jährige Zimmermeister Hermann Weber das Bett und das Hemd seiner schlafenden Wirtschafterin, der 28jährigen Erna Papesch, mit einem Streichholz in Brand gesteckt. Die Feuerwehr löschte das Feuer, legte der Wirtschafterin, die an den Beinen, am Unterleib und an der Brust schwer verbrannt war, einen Notverband an und brachte sie nach dem Krankenhaus Am Urban. Weber wurde von Beamten der Schutzpolizei verhaftet und nach der Wache gebracht. Was ihn zu der Untat veranlaßt hat, steht noch nicht fest.

---

**Eine Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer** in Berlin ist gestern vorübergehend für die Theater und Kinos erreicht worden. Vertreter der Theater und der Kinos hatten eine Besprechung mit städtischen Finanzausschußvertretern, in der die katastrophale Lage aller Theater und Lichtspielhäuser nachgewiesen wurde. Stadtkämmerer Dr. Karding teilte nach Besprechung mit dem Ausschuß mit, daß für die Zeit vom 1. Juni bis 1. Oktober die Lustbarkeitssteuer für Sprech- und Musiktheater von 15 auf fünf Prozent und für Lichtspieltheater von 23 auf 15 Prozent ermäßigt werden soll.

**Personalnachrichten.** Im Alter von 63 Jahren ist die Schwester des Reichskanzlers Dr. Marx, die als Mater Antonia Ursuline dem Kölner Ursulinenkloster angehörte, gestorben.

---

## Panik bei einer Glockenweihe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Budapest**, 31. Mai.

In der Gemeinde Lajos Mizse kam es am Himmelfahrtstage bei der Einweihung einer Kirchenglocke zu einer Panik, die drei Todesfälle und zahlreiche schwere Verwundungen verursachte. Das Seil, mit dem die Glocke emporgezogen wurde, fiel herab. Die in der Kirche Versammelten flüchteten in der Meinung, daß der Turm einstürze, in solcher Hast aus dem Gotteshause, daß drei Menschen totgetreten und mehr als 30 Personen schwer verletzt wurden.

---

**Prag**, 31. Mai. Gestern landete auf dem Flugplatz in Gbel das englische Flugzeug de Havilland, mit dem der englische Luftschiffahrtsminister Lord Thomson, der Chef der Zivilluftschiffahrt General Brander und der Zivillord der Admiralität Hodges eintrafen. Der Gesamtflug mit einem Aufenthalt in Köln am Rhein dauerte bei schöner Witterung 6 Stunden 20 Minuten. Die Gäste wurden vom Minister für öffentliche Arbeiten, dem britischen Gesandten und den Mitgliedern der britischen Legation empfangen.

---

## Deutsches Theater.

### „Mister Globetrotter."

**L. S.** Wenn in einem seriösen Theater die „Sommerspielzeit" beginnt und eine interimistische Direktion mit einer neuen „Operette" aufwartet, so weiß man — Ueberraschungen vorbehalten —, was das zu bedeuten hat. Der Kritiker schaltet sich von vornherein aus, betrachtet es nicht als seine Aufgabe, geschäftliche Unternehmungen zu schädigen, und fragt höchstens; ist die Sache amüsant genug, um sich über Wasser zu halten?

In dieser Hinsicht hätte der „Globetrotter" Chancen, wenn er nicht an dem üblichen, aber abstellbaren Fehler allzu sorgloser Ausdehnung litte. Er vereinigt alles, was heute dem Publikum gefällt. Der Textverfasser Günther Bibo hat nicht einmal den Versuch gemacht, so etwas wie eine Handlung zu erfinden, und stellt an den Zuschauer nicht die geringsten Anforderungen. Das konventionelle Amerikanertum der Bühne, die seit Molières Zeiten wirksame Türkenfenzene, die üblichen Operettenspäße und -figuren, Tanzgesänge, wie sie allenfalls in den Zirkus gehören, hübsche Dekorationen und Kostüme müssen die Kosten bestreiten. Ein Königtum für einen Witz oder eine originelle Idee. Ebenso bequem macht's den Zuhörern der Komponist. Otto Urad, der selbst dirigierte und dabei die Früchte des musikalischen Vorbereiters Fritz Redl erntete, reiht skrupellos Fortrotts und Shimmys aneinander, die von vornherein auf die Tanzdiele und das Kaffeehaus zugeschnitten sind, und stattet sie mit den, wie es scheint, unausrottbaren Füllsen und Verlegenheitskontrapunkten aus (die, auf die Hörer übertragen, geradezu begoutant wirken) und hämmert mit jenem lärmenden Orchester (in das sich ab und zu die kläglich mißbrauchte Celesta mischt) den Leuten den alleinseligmachenden Rhythmus in die Ohren. Und er trifft damit den Geschmack der Menge. Dazu die Mitwirkung trefflicher Künstler. Arnold Ried gibt den stereotypen Trustmagnaten Jonathan mit der Pfeife im Mundwinkel. Erika v. Thellmann als seine Tochter hat eine Szene, in der sie ihre angeborene parodistische Komik wirken lassen kann. Den Vogel schießt Harald Paulsen ab, der alles besitzt, was junge Damen heute an einem Mann entzückend finden, und der in seiner akrobatischen Tanzkunst Unübertreffliches leistet. Der ironisch-selbstbewußte Franz Felix mit der Träne im Ton, die immer drastische Margarethe Kupfer, in einer wenig dankbaren Gesangspartie Erni Jolan vervollständigen das Ensemble. Die Hauptschlager mußten wiederholt werden, und an den Aktschlüssen gab es viel Beifall, dem auch die Autoren und ihre Helfershelfer Tänze leisten mußten.

Melancholisch stimmte nur der Gedanke, wohin wir mit unserer heiteren Kunst gekommen sind. An dieser Stätte hat einst der „Bettelstudent" seine Triumphe gefeiert, hier hat, gleichfalls zur „Sommerspielzeit", die „Fledermaus" ihre ersten Berliner Aufführungen erlebt. Die Operette, das Kind einer kultivierten, lebensluftigen und genußkräftigen Zeit, ist tot. Nur ein Mutiger, der gegen den Strom schwimmt, kann sie zu neuem Leben erwecken, und auch der nur, wenn sich ihm Glück mit Begabung verbindet.

---

## Sil Vara: „Die Frau von 40 Jahren".

### Tribüne.

**E. V.** Diese Komödie, die aus Menschlichem ins Backfischhafte gleitet, diese Komödie aus Nachdenklichkeit, Ernst und Resignation, diese verborgene Tragödie, ist dennoch leider nicht viel anderes als ein billiges Lustspiel in Pappe und Requisiten. Nicht etwa gestaltet dichterische Ironie und Empfindsamkeit aus Tiefen heraus lächelnd ein leichtes Spiel, sondern Feuilletonismus verarbeitet einen nachdenklichen Einfall zu drei geläufigen Lustspielakten. Das Thema in Moll, in der Durchführung gewissenhaft und peinlich jeder schicksalhaften Vertiefung ausweichend, läuft einfallslustig glatt ab; was dichterisch Kontrapunkt werden konnte, wird bloß feuilletonistische Pointe.

Ein Schicksal wird nicht Gestalt, es bleibt nur — es bleibt immerhin ein Sentiment. Lockungen noch des entsagungsgeübten, des immer dunklen, immer gefährlichen, immer löcherlich hilflosen Blutes, Angst vor der Einsamkeit, Sehnsucht nach Jugend, armes, ach Gott, so komisches Verlangen nach Glück, auch noch zu leben, einmal zu leben, endlich zu leben, mütterlich-geliebtenhaftes Erblich voll Rausch, voll Torheit, voll Abgeschmacktheit, voll Tränen, verklingend, vergleitend, entsagend. Die Frau von 40, die den Zwanzigjährigen halten möchte und ihn doch lassen muß, sich opfern muß.

Else Heims war diese noch schöne, noch blühende Frau, im Grundriß sehr gut, immer anteilerweckend, immer menschlich berührend, am besten in ihrem nervösen, angstvollen Glück. Ihr jugendlicher Partner André Mattoni sah frisch und kultiviert aus, aber die gekrampfte Art, Innerlichkeit zu markieren, wirkte oft peinlich. Die weibliche Jugend, Anni Mewes, trotz der Billigkeit der Rolle, fein, persönlich und voll Natur.

---

* * **Berliner Konzerte.** Das Konservatorium Klindworth-Scharwenka veranstaltet im Meistersaal, Köthener Straße 38, fünf Konzerte. Das erste Konzert (Klavierausbildungsklasse Konrad und Margarete Anforge) findet heute abend 7½ Uhr statt. — Prof. Meyer-Mahr gibt am 3. Juni im Bechstein-Saal mit seinen Schülern einen zweiten (letzten) Klavierabend, dessen Programm Neue Klaviermusik enthält.

# Handel und Verkehr.

## * Die Sparkassen und ihre Kreditpolitik.

### Ministerielle Richtlinien.

Die Finanz- und Kreditkrise, in der sich Deutschland seit einiger Zeit befindet, gibt dem preussischen Minister des Innern als der höchsten Aufsichtsinstanz der öffentlichen Sparkassen Gelegenheit, in einer umfangreichen Verfügung vom 23. Mai die ganze Materie der Kreditgebarung der Sparkassen aufzurollen und grundlegende neue Bestimmungen zu erlassen, die die Sparkassen bestimmen sollen, sich im Interesse der gesamten Volkswirtschaft streng an den Rahmen ihrer eigentlichen Geschäfte zu halten. Der Amtliche preussische Pressedienst gibt die wesentlichsten Kritiken, Leitsätze und Anordnungen dieser Verfügung im folgenden wieder:

Die Sparkassen müssen sich in Zukunft streng auf ihren Geschäftsbezirk beschränken. Sie müssen als öffentliche Einrichtung ihre Mittel für ihren Bezirk zur Verfügung halten. Ist einmal vorübergehender Geldüberfluss vorhanden, so sollen diese Gelder bei den provinziellen öffentlichen Kreditinstituten angelegt werden, die bei den provinziellen öffentlichen Kreditinstituten aufnehmen. Vor allem sollen die Sparkassen bei Geschäften mit Privaten Gelder nur für wirklich produktive Zwecke geben. Es wird ihnen untersagt, Gelder an Geldvermittler weiterzugeben, die den Kredit nicht in der Produktion verwerten, sondern Geldabtrage betreiben. Die Sparkassenaufsichtsbehörden sollen das Personalkreditgeschäft der Sparkassen auf das sorgfältigste überwachen. — Die Verfügung geht dann darauf ein, dass die Sparkassen als Folge der sich nur langsam belebenden Spartätigkeit und der gesteigerten Kreditansprüche häufig kurzfristige Leihgelder ausserhalb des eigentlichen Geschäftsbezirks aufnahmen. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn das unter Innehaltung tunlichster Beschränkung auf das unerlässliche Mass und bei den provinziellen öffentlichen Kreditinstituten erfolgt. Es ist aber unzulässigi, dass solche kurzfristigen Kredite zur Verstärkung der eigenen Betriebsmittel von anderen Sparkassen oder örtlichen Kommunalbanken aufgenommen werden. Die seit jeher übliche gegenseitige gelegentliche Aushilfe unter nachbarlichen Sparkassen darf nicht in Geldabtrage ausarten. Die Hereinnahme solcher fremden Sparkassengelder ist deshalb ebenso wie die Hingabe eigener Gelder an fremde Sparkassen oder Kommunalbanken grundsätzlich zu unterlassen. Mit besonderer Schärfe wendet sich dann die Verfügung gegen die oft recht wahllosen, mit der Stellung und den Aufgaben der Sparkassen nicht zu vereinigenden Versuche, kurzfristige Gelder vielfach unter Heranziehung privater Vermitler oder auf Grund offener oder chiffrierter Werbeanzeigen von privater Seite zu erlangen. Der Minister bestimmt deshalb, dass in Zukunft Sparkassen kurzfristige Leihgelder von privater Seite ausserhalb ihres Geschäftsbezirks grundsätzlich überhaupt nicht und als Uebergang nur ausnahmsweise im Einzelfalle, soweit dies zur Abwicklung eines bereits laufenden Kreditgeschäfts im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und nur innerhalb des Geschäftsbezirks unerlässlich ist, hereinnehmen dürfen. Unter keinen Umständen dürfen Sparkassen durch die Tages- oder Fachpresse oder mit Hilfe von Vermittlern sich zur Hereinnahme kurzfristiger Gelder zur Kreditgewährung erbieten. Die Unterscheidung zwischen eigentlichen Sparkassengeldern und etwa unzulässigen kurzfristigen Leihgeldern ist leicht möglich. Angesichts von der Prüfung der Person des Geldgebers ist unter heutigen Verhältnissen eine Einzelsumme über 3000 Goldmark in der Regel nicht als eigentliches Spargeld anzusehen. Der Minister ordnet ferner an, dass Sparkassen und örtliche Kommunalbanken ausländische Kredite nicht aufnehmen dürfen, einerlei ob sie in fremden Valuten oder in deutschem Geld gewährt werden sollen. Für das Aktivgeschäft stellt die Verfügung als obersten Grundsatz die Wahrung der unbedingten Sicherheit und die ständige Aufrechterhaltung der Liquidität auf. Die Sparkassen haben sich jeder neuen Geschäftsbeziehung mit Privatpersonen ausserhalb ihres Geschäftsbezirks zu enthalten und sollen die etwa im Einzelfalle noch bestehenden Geschäfte abwickeln, sobald es wirtschaftlich möglich ist. Die Sparkassen sollen weiter nicht darauf eingehen, den seiner Natur nach kurzfristigen Kontokorrentkredit zu einem langfristigen umzuwerten, wie es vielfach versucht wird. Bei Gewährung grösserer Kredite ist besondere Zurückhaltung am Platz. Sobald ein einzelner Kredit 1 pCt. des Einlagebestandes übersteigt, ist seine Bewilligung von einem Beschluss des Vorstandes abhängig zu machen. Die Verfügung wendet sich weiter dagegen, dass die Sparkassen, die ihre Kredite unmittelbar der eigentlichen Produktion zuführen sollen, ihre Bestände weitgehend bei Kommunalbanken anlegen. Das kann unter Umständen die Liquidität der Sparkasse gefährden und nimmt auch in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, die Spartätigkeit der Bevölkerung zu heben, und die zu seiner Betätigung erforderlichen Einrichtungen zu fördern, den Sparkassenverwaltungen den Trieb zu selbständiger Geschäftstätigkeit. Als gegebene Ausgleichsstelle für vorübergehend verwendbare Gelder der Sparkassen wird vielmehr die provinzielle Kreditorganisation (Girozentrale, Landesbank) bezeichnet.

Der Minister ersucht die Sparkasesn und Kommunalaufsichtsbehörden, für die Beachtung der vorstehenden Darlegungen mit allem Nachdruck Sorge zu tragen. Er ordnet ausserdem an, dass eine jede öffentliche oder unter Staatsaufsicht stehende Sparkasse erstmalig nach dem Stande vom 1. Mai 1924 bis zum 31. des gleichen Monats und sodann nach dem Stande vom 30. Juni und fortlaufend nach dem Stande des Vierteljahresschlusses bis zum 15. des folgenden Monats ihrer Aufsichtsbehörde unmittelbar eine Nachweisung über den Stand des Geschäftsganges vorzulegen hat.

---

□ **Theodor Teichgraeber Akt.-Ges.** in Berlin. — **Veränderungen im Aufsichtsrat.** Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluss und beschloss, den erzielten Ueberschuss von 687 619 636 785 Millionen M. auf neue Rechnung vorzutragen. In Vertretung des bisherigen Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Bankdirektor Kleemann von der Dresdener Bank, machte Dr. Max Brahn als Leiter der Versammlung zum Punkt Aufsichtsratswahlen folgende Mitteilung: „Die Bankdirektoren Kleemann und Gutmann von der Dresdener Bank haben ihre Aemter als Vorsitzende des Aufsichtsrates zur Verfügung gestellt. Ich bitte die Versammlung von dem Ausscheiden dieser Mitglieder, die der Gesellschaft treue Freunde und Mitarbeiter gewesen sind, genehmigend Kenntnis zu nehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Austritt dieser beiden Herren aus dem Aufsichtsrat nichts zu tun hat mit einem Abbau der bisherigen geschäftlichen Beziehungen zur Dresdener Bank, sondern dass diese Beziehungen ohne innere Differenzen nach wie vor freundschaftlich sind." Die Generalversammlung nahm von diesen Mittelungen Kenntnis, ohne die Verwaltung zu befragen, aus welchen Gründen der Austritt der genannten Herren von der Dresdener Bank aus dem Aufsichtsrat erfolgt ist. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Freiherr Wilhelm v. Scheidt (Verwaltungsmitglied der Vereinigten Chemischen Fabriken Rhenania in Darmstadt, zu welcher Gesellschaft die Teichgraeber Akt.-Ges. seit langem in guten geschäftlichen Beziehungen stehe, was auch in der Entsendung eines Verwaltungsmitgliedes der Teichgraeber Akt.-Ges. in die Chemische Rhenania zum Ausdruck gekommen ist), ferner Fabrikbesitzer Hans Paschkis (von der Firma Chemische Fabriken Roth u. Paschkis Akt.-Ges. in Stuttgart) und Bankier Fritz Simonsohn, aus Berlin. — Bezüglich der Geschäftslage sagte die Verwaltung, dass die Unternehmungen überreichlich mit Aufträgen versehen seien und dass Drosselungen stattfinden müssen, da die Unternehmungen nicht allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden können.

* **100proz. Aufwertung der Einlagen der Deutschen Volksbank Akt.-Ges.** in Essen. Die Deutsche Volksbank Akt.-Ges. in Essen, eine Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat in ihrer Aufsichtsratssitzung unter Vorsitz des Ministerpräsidente a. D. Stegerwald beschlossen, die ihr vor dem 31. Dezember 1923 zugeflossenen Spareinlagen mit 100 pCt. des Einzahlungswertes aufzuwerten. Die Rückzahlung erfolgt nicht wie bei der dritten Steuernotverordnung nach dem Jahre 1923, sondern schon nach dem 31. Dezember 1926. iDe mit 100 pCt. aufgewerteten Sparguthaben werden auch zu den zurzeit geltenden allgemeinen Sparzinsen verzinst. Wie der Vorsitzende mitteilte, hat sich die Bank gut entwickelt und die Erschütterungen des Wirtschaftslebens der letzten Zeit gut überstanden.

* **Maximilian Kempner 70 Jahre alt.** Der Geheime Justizrat Dr.-Ing. e. h. Maximilian Kempner, der langjährige Vorsitzende des Kalisyndikats und des Reichskalirates, begeht am 3. Juni seinen 70. Geburtstag. Im Jahre 1909 beteiligte er sich in starkem Masse an den Kämpfen in der Kaliindustrie, führte in Amerika die Verhandlungen zwischen dem Kalisyndikat und den Käufern der Schmidtmann-Gruppe, ohne zu einer Einigung zu kommen, die er jedoch im Jahre 1910 in den bekannten Hamburger Verhandlungen nach Erlass des Kaligesetzes zustande brachte. Seitdem war er Vorsitzender des Kalisyndikats, legte aber 1917 wegen Ueberlastung den Vorsitz nieder mit dem Auftrage, einen beruflichen Vorsitzenden für Aufsichtsrat und Reichskalirat zu bestellen. Das geschah in der Person des Staatssekretärs a. D. Richter. Nach dessen Tode übernahm Kempner wieder den Vorsitz im Kalisyndikat und im Reichskalirat, indem für seine Unterstützung hierbei statutenmässig gesorgt wurde. Für den Reichstag kandidierte er nach dem Kriege, als Präsident Kaempf verstorben war, im Wahlkreis Berlin I, wurde in der Stichwahl gewählt und trat eine Woche vor Ausbruch der Revolution in das Haus ein. Er hat später von einer Kandidatur Abstand genommen, wurde aber zum Mitglied des Reichswirtschaftsrats ernannt.

* **Die Münzprägungen des Reiches.** Wie wir hören, sind zurzeit 94 Mill. Rentenmark Rentenpfennige ausgeprägt und in Umlauf gesetzt. Die Silbermünzenausprägungen belaufen sich auf 34 Mill. M. Die Ausprägung der Rentenpfennige und der Silbermünzen erfolgt bekanntlich auf Rechnung des Reiches; die Münzen sind Staatsgeld, nicht etwa Reichsbank- oder Rentenbankgeld. Die Münzstätten liefern jedoch die Prägeergebnisse sämtlich an die Reichsbank ab, die dieses in diesem Fall als Verteilerapparat benutzt. Im Reichsbankausweis erscheinen demgemäss nur die eigenen Münzbestände der Reichsbank, die unter der Rubrik „Scheidemünzen" die Kassenbestände an Rentenpfennigen und Silbermünzen einschliessen. Das für die Ausprägung der Silbermünzen erforderliche Silber hat das Reich bekanntlich zum grössten Teil aus dem Silberbestand der Reichsbank erhalten. Ueber die Bezahlung dieses Metalles bestehen besondere Abmachungen. Eine bestimmte Währung, in der das Reich Zahlung zu leisten hat, ist nicht vorgeschrieben, die Bezahlung dürfte jedoch in einem gewissen Zusammenhang mit der Ablieferung der Silbermünzen an die Reichsbank stehen.

---

**Plauener Bank Akt.-Ges.**, Plauen. Der Ueberschuss von 585 932 Billionen M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden (i. V. 50 pCt. Dividende).

**Deutsche Werkstätten Akt.-Ges.**, Rähnitz-Hellerau. Ueberschus von 5146 Bill. M. wird vorgetragen.

---

* **Alexandria**, 30. Mai. Ashmouni per Juni 3915 (29. 5.: 3935), Sakellaridis per Juli 4410 (4342), Ashmouni per August 3735 (3730), Ashmouni per Oktober 3395 (3385), Sakellaridis per November 4028 (4020).

* **Buenos Aires**, 30. Mai. Weizen träge, per Juni 1115 (vor Notiz: 1120), per Juli 1125 (1130), Mais per Juli 765 (770), per Sept. 760 (765), Hafer per Juli 715 (705), Gerste loko 870 (870), Leinsaat träge, per Juni 1935 (1940), per Juli-Sept. 1955 (1950), Wetter schön.

* **Rosario**, 30. Mai. Weizen behauptet, per Juni 1120 (vor Notiz: 1115), per Juli 1125 (1125), Mais per Juni 750 (755), per Juli 750 (755), Leinsaat flau, per Juni 1945 (1950), per Juli 1955 (1960), Wetter schön.

---

## Wochenspielplan der Berliner Bühnen.

**Erstaufführung.** Großes Schauspielhaus: Mittwoch, 4. Juni, Der Bogelhändler.

**Staatsoper:** 1. Meistersinger; 2. Violetta; 3. Gretna; 4. Ariadne; 5. Jenufa; 6. Die Entführung aus dem Serail; 7. Salome; 8. Rosenkavalier; 9. Tote Stadt.

**Staatliches Schauspielhaus:** 1., 3., 7., 9. Possenabend Alt-Berlin; 2., 5. Candida; 4., 6., 8. Peer Gynt.

**Oper am Königsplatz:** 1. Barbier von Sevilla; 2., 8. Fledermaus; 3. Waffenschmied; 4. Verkaufte Braut; 5. Madame Butterfly; 6. Mona Lisa; 7. Troubadour; 9. Zauberflöte.

**Deutsches Theater:** Mister Globetrotter.

**Kammerspiele:** Salomons Schwiegertochter.

**Großes Schauspielhaus:** Gaspatone.

**Lessing-Theater:** Kaufmann von Venedig.

**Deutsches Künstlertheater:** Die heilige Unterweise.

**Volksbühne:** 1., 2., 6., 7., 9., 10. Fähnen; 3., 4., 5., 8. Salamischa.

**Residenztheater:** bis 1. 6. Hinkemann.

**Berliner Theater:** Das Weib im Purpur; 5. und 6. Tanzabende Karsavina.

**Trianontheater:** Schwank der Liebe.

**Kleines Theater:** Kameraden.

**Theater am Kurfürstendamm:** Der Meisterdoger.

**Tribüne:** Die Frau von 40.

**Renaissancetheater:** Die Sintflut.

**Schloßparktheater:** 31. bis 3. Friedericus Rex und sein Leutnant; 4., 6., 7. Hofemanns Töchter; 5. Auf der Sonnenseite.

**Lustspielhaus:** Der Bullen.

**Schiller-Theater:** 1., 3., 5., 7., 9. Korallenfestlin; 2. Peer Gynt; 4., 6., 8. König Nicolo.

**Neues Operettentheater:** Zwangsumquartierung.

**Metropoltheater:** Karneval der Liebe.

**Komische Oper:** Die tanzende Prinzessin.

**Nelson-Theater:** Treffpunkt Dotabo.

**Theater im Admiralspalast:** Drunter und Drüber.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski; für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Vermischtes, Gerichtsztg. u. Sport: Arno Arndt; für Kunst, Wissenschaft u. Theater: Erich Vogelei; für Literatur: Fred Hildenbrandt; für den Roman: Fritz Engel; für die Handelsztg.: Dr. Adolf Moesle; f. d. übrig. Teil d. Blattes: Albert Pilz; f. d. Inserate: Heinrich Baron; sämtl. i. Bln.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

# Ford — und unsere Not.

Von
**Günther Stein.**

Es ist eine alte Wahrheit, dass zum geschäftlichen Erfolg manchmal mehr „Glück" als Tüchtigkeit gehört; dass aber, je umfassender und dauernder der Erfolg, je geradliniger der Aufstieg eines Unternehmens und je grösser der Nutzen ist, den alle Beteiligten aus seinem Wachstum ziehen, desto geringer der Anteil des Faktors „Glück" an dem Erfolge war. Und den wirklich grossen, beständig wachsenden und für alle Teile fördernden Erfolg kann schliesslich einzig und allein eine Idee bewirken, deren Grösse sich die Umstände, das „Glück" und den Zufall unterwirft. — Ist es eine solche Idee, die Henry Ford in zwei Jahrzehnten aus einem unbemittelten experimentierenden Ingenieur zum reichsten Mann der Welt gemacht hat, die den Absatz des Ford-Automobils und des Ford-Traktors zum Nutzen aller Schichten des amerikanischen Volkes in ungeahnte Dimensionen steigerte, die die sozialen Verhältnisse in der Fordschen Fabrikstadt mit ihren 50 000 Arbeitern zu den idealsten bisher erreichten gestaltete? Oder beruht alles dieses zwar auf geschäftlicher Tüchtigkeit, aber doch letzten Endes auf einem glücklichen Zufall, auf einer klug wahrgenommenen, ausserordentlichen Konjunktur? Wäre das nicht der Fall, so liesse sich ja die Idee, die bei Ford einen so ungewöhnlich allseitigen Erfolg zeitigte, mit guter Aussicht auf Gelingen auch in anderen Wirtschaftszweigen und in anderen Ländern anwenden. So könnte auch uns vielleicht einmal von dem so viel verpotteten „Amerikanismus" das wirtschaftliche und soziale Heil kommen.

Die Leitidee, auf der das Lebenswerk Fords beruht, er schildert sie in seinem Buche: „Mein Leben und Werk"), ist einfach genug und scheint auf den ersten Blick selbstverständlich für den Idealisten, utopisch für den wirtschaftlichen Realisten. Es ist die „Dienstleistung" der Wirtschaft, des Kapitals an der Allgemeinheit, die Ausschaltung der Triebfeder des Verdienenwollens durch die des Helfenwollens. Aber wer glaubt, dass dieses Prinzip auf Altruismus beruht, verkennt die Einstellung des Amerikaners, dessen typischer Vertreter Henry Ford ist. Im Gegenteil: allein Egoismus ist hier herrschend; Egoismus, der besonders erfolgreich gemacht wird dadurch, dass er auch den „Objekten" des Geschäftes — den Konsumenten und den Arbeitern — grosszügig das gibt, was sie brauchen und was ihnen zukommt, der also klug genug ist, erfolgzerstörende Gegenwirkungen von vornherein auszuschalten; Egoismus, der in wirklicher Dienstleistung scharfsichtig die einzige Quelle eines in bezug auf Grösse und Dauer maximalen Geldverdienens erkennt — und dessen Anwendung deshalb auch keine Utopie bedeutet, weil er ja mit der Realität der Wirtschaft und des Lebens rechnet.

Ford hat mit Anwendung des Dienstleistungsprinzips in seiner Praxis die bisherige Grundlage kaufmännischer Kalkulation zerstört, indem er für seine Produkte logischerweise nicht mehr den Preis anerkannte, der sich jeweils aus Nachfrage und Angebot ergab, den Preis, den der Käufer gerade noch bewilligen wollte. Dieser Preis gilt ihm nur als die obere Grenze, die auf jeden Fall immer wieder unterschritten werden muss durch weitere Verbesserung und Vereinfachung des Produktes, durch weitere Verbilligung der Produktionskosten, durch Verringerung des prozentualen Gewinnanteils. Fast alle anderen Unternehmer aber gehen diesen Weg im Gegenteil zu überschreiten, indem sie die Nachfrage allein durch Reklame und sonstige künstliche Mittel steigern und das Angebot künstlich niedrig halten; sei es durch Erkämpfung einer Monopolstellung, sei es durch Vereinbarungen mit anderen Produzenten — jedenfalls aber durch möglichste Ausschaltung der Konkurrenz. Diese Route herrschende Richtung geht nämlich von dem Standpunkte aus: eine mit Preissenkungen zu verkaufende Abnutzungssteigerung ist keinesfalls anzustreben, da der endgültige Gesamtverdienst dabei entweder gar nicht oder nicht im gleichen Masse zunimmt, wie der Wert der benötigten Produktionsmittel und wie das „Risiko". Der Urgrund einer solchen Argumentation ist die Furcht, dass auf diese Weise die Kapitalrente sinken könnte. So wirkt das in den Wirtschaftsprozess als Mittel zum Zweck eingeschaltete Geld, das ursprünglich nur zur Erleichterung der Produktion und zur Verteilung der Güter dienen sollte, als Selbstzweck, d. h. seine Bedürfnisse und seine Ambitionen beeinflussten entscheidend die Produktionsmenge und damit den Versorgungsgrad der Bevölkerung und beeinflussen sie bedauerlicherweise meist nach unten. Er setzt die Kritik Fords an dem heutigen allzusehr in den Bann des Geldgedankens geratenen Wirtschaftssystem, seine Gegnerschaft gegen die Allmacht der Banken ein. Durch die Vorherrschaft des Geldes und der Banken in der Wirtschaft im allgemeinen und in vielen der grössten Produktionsunternehmungen im besonderen entsteht die Gefahr, dass die Fabrik nicht in erster Linie als zur Dienstleistung für die Allgemeinheit bestimmt, sondern als Gelderzeugungsapparat für ihre direkten und indirekten Besitzer angesehen wird. Das Prinzip der Dienstleistung erstrebt eine lückenlose Versorgung der gesamten Bevölkerung mit möglichst allen irgendwie nützlichen Produkten (also z. B. auch die Versorgung der Arbeiterschaft mit Privatautomobilen), und zwar eine Versorgung zu niedrigsten Preisen bei geringstem prozentualen Verdienst des Herstellers und bei Zahlung von Rekordlöhnen. Eine solche Produktionspolitik wirkt — last not least — von selbst einen in bezug auf Höhe, Dauer und Gleichmässigkeit maximalen Verdienst, und steht nun auf dem Standpunkt, dass ein Gleichbleiben der Produktion ihren Rückgang bedeutet, und dass ein endgültiges Gleichbleiben des Verdienstes oder gar seine Steigerung nur durch fortdauernde, mit Preisherabsetzungen verbundene Produktionssteigerungen erreicht werden kann. Von Natur aus geht das Bestehen der Konkurrenz in dieser Richtung. Sie ist aber heute nicht nur in Amerika, sondern auch bei uns in beträchtlicher Masse ausgeschaltet worden. Und so kommt es, dass die Wirtschaft in einem jeden Lande, in dem die Verhältnisse derartig liegen, leicht auf einen toten Punkt gerät, wo die Nachfrage entweder abnimmt oder sich nicht weiter steigern lässt, während der Produktion, wenn nicht gerade technische Neuerungen vorliegen, der Ansporn zur Rationalisierung und Verbilligung und damit zur Steigerung fehlt. Den Schaden haben erster Linie Konsumenten und Arbeiter, in zweiter Linie aber — und darauf legt Ford besonderen Nachdruck — auch die Unternehmer. Trotzdem einerseits genügend Ware, andererseits genügend Bedürfnis vorhanden sind, kommt es zu keinem Ausgleich, können Produzenten und Konsumenten nicht zusammenkommen, da irgendein geldliches Hindernis sich zwischen ihnen aufgerichtet ist. (So liegt z. B. heute der Fall in Deutschland!)

Diese mangelnden Anregungen zur Produktionssteigerung und Verbilligung werden durch die Konsequenzen des Dienstleistungsprinzips von selbst geschaffen, und Ford z. B., dem die in seiner Branche immerhin vorhandene Konkurrenz kein ausreichender Anreiz zur Verbesserung und Verbilligung seiner Produktionen war, schaffte sich selbst den Zwang, indem er in gewissen Intervallen den Preis seiner Erzeugnisse (verschiedene Male sogar bis unter die Gestehungskosten) herabsetzte. Die unmittelbare Folge war jedesmal ein Minderverdienst bzw. ein Verlust, und dieser wirkte stets dahin, die Produktions- und Betriebskosten zu verringern, um schnellstens wieder den Verdienst auf die alte Höhe zu bringen. Das gelang und geschieht noch dauernd durch fortwährende Rationalisierung des Betriebes; durch Ausschaltung unnützer Zwischenglieder; durch Zusammenrücken der einzelnen Produktionsvorgänge auf den unbedingt notwendigen Raum und damit die unbedingt notwendige Zeit; durch Vereinfachung des Produktes selbst; durch möglichste Ausschaltung des Entstehens zu hoher Zwischengewinne auf dem Wege zum Konsumenten. Der Fordsche Betrieb, in dem kein Handschlag geleistet wird, ohne dass seine Zweckmässigkeit und Notwendigkeit feststeht, ist ein Beweis dafür, wie weit die heutige Fabrikarbeit rationalisiert werden kann, wie gross die Verschwendung an Material, Arbeit und Zeit noch in allen Betrieben ist. Ueberall lassen sich — aber nur, wenn der Zwang dazu besteht — Verbesserungen und Verbilligungen erzielen, die allerdings oft genug auf Kosten des Augenblicksverdienstes oder womöglich des Jahresverdienstes gehen. Diese Umstellungen müssen, worauf Ford besonderen Wert legt, möglichst aus eigener Kraft, nicht aber durch Hilfeleistung von Banken usw., die ja in erster Linie an schnellem Gewinn interessiert sind, finanziert werden. Jeder Verdienst muss nach dem Dienstleistungsprinzip in der grossen Hauptsache im Unternehmen selbst weiterarbeiten und nichts ist gefährlicher als ein dauerndes Herausziehen grosser Teile des erzielten Ueberschusses aus dem Betriebe — wie es die nur aus einseitigem Geldinteresse Beteiligten verlangen und, wenn sie die Machthaber sind, auch durchsetzen. Nur bei solcher Geschäftspraxis sind Umstellungen und Finanzierungen schwieriger Umstände aus eigener Kraft möglich, ist die „dienstluende" Arbeit einer Fabrik gesichert.

Der auf Produktionsrationalisierung und Preisherabsetzung natürlicherweise folgende Mehreingang von Aufträgen wird nun den Umsatz und damit die absoluten Verdienstmöglichkeiten desto mehr steigern. Und es wird schliesslich — trotz immer weiter fortschreitender relativer Entbehrlichmachung von Menschen durch Maschinen und durch Produktionsvereinfachung — die absolute Zahl der Beschäftigten zunehmen. Es wird — wie es bei Ford der Fall war — Hand in Hand damit eine Erhöhung der Löhne möglich werden. Und es wird ferner, da jen den Lohnerhöhungen auch Produktionsvermehrung gegenüberstehet, eine effektive Steigerung der Kaufkraft die Folge sein, die letzten Endes auch dem Einzelunternehmen neuerdings weitere Aufträge zuführt. Ford beweist die Richtigkeit einer solchen Entwicklungsprognose durch Zahlen aus der Praxis: die Ziffer seiner Produktion (1¼ Millionen Automobile pro Jahr, d. h. 4000 Stück am Tage, 8 in der Minute); den Preis seines Wagens (etwas über 300 Dollars, d. h. ein mittlerer Monatsverdienst oder ca. sechs Wochenlöhne seines gelernten, neun Wochenlöhne seines ungelernten Arbeiters); die Höhe des Lohnes (6 Dollars Minimum als Tagelohn für den ungelernten Arbeiter, ohne Berücksichtigung der Jahrestantiemen); sein eigenes Vermögen der begann vor 20 Jahren die erweiterte Produktion mit 100 000 Dollars und ist jetzt anerkanntermassen der reichste Mann der Welt und nahm wohlgemerkt niemals fremde Gelder, Bankkredite usw. in Anspruch).

Die Preisermässigungen für industrielle Produkte werden sich auch dann noch fortsetzen lassen, wenn man eines Tages den fernen Zustand der absolut rationellen Produktion erreicht haben wird, denn die Produktionssteigerung wird auch auf die Verbilligung der Transportleistungen und die Rohstofferzeugung übergreifen. Gerade hier sind die Fordschen Methoden äusserst erfolgversprechend — und wo er sie bereits anwenden konnte (bei seiner Eisenbahngesellschaft und vor allem in der Landwirtschaft), entsprechen die erzielten Resultate den gehegten Erwartungen vollkommen. Seine Traktoren, d. h. die „Mädchen für alles" der Landwirtschaft, die pflügen, eggen, säen, Erntearbeiten verrichten, Holz sägen sowie jede andere Arbeit eines stationären Motors leisten, haben schon jetzt in der amerikanischen Landwirtschaft und besonders auf den Fordschen Gütern eine gewaltige Produktionssteigerung verursacht und die Produktionskosten enorm herabgedrückt. Denn der Anschaffungspreis ist nur 395 Dollars pro Stück, und ihre Betriebskosten betragen bloss ein Drittel bis ein Viertel der entsprechenden menschlichen bzw. tierischen Arbeit. Dazu kommt eine drei- bis vierfache Zeitersparnis und enorme Verringerung der Mühe. So ist es zu verstehen, dass der Absatz an Traktoren bereits jetzt fast eine Million Stück im Jahre beträgt. — Aber es kommt hierbei nicht auf den Ford-Traktor selbst an, sondern auf das Prinzip, jedem kleinsten Bauern durch Maschinen, die seiner Kaufkraft und seinen Bedürfnissen entsprechen, eine Vervielfachung seiner Arbeitsleistung zu ermöglichen; auf die „Industrialisierung der Landwirtschaft", die die Produktion enorm steigern und die Preise stark herabdrücken würde; auf das Prinzip der Verbesserung und Verbilligung jeglichen wirtschaftlichen Produktionsmittels zum Zwecke der Vermehrung und Verbilligung aller Bedarfsgüter, zur Steigerung der Kaufkraft und Verbesserung der Versorgung der arbeitenden Klassen.

So ist das „Dienstleistungsprinzip" nicht nur in der Automobilindustrie bzw. überhaupt der Industrie, sondern in allen Wirtschaftszweigen, und nicht nur in Amerika, sondern grundsätzlich in jedem Lande anwendbar. Und mehr als das: der tote Punkt, auf den das Fehlen einer Konkurrenzsteigerung bzw. das Nachlassen der Konkurrenz infolge der fortdauernden Konzentrationsbewegungen in allen Ländern, die Wirtschaft gebracht hat, wird schliesslich nur durch eine allgemeine Entwicklung in der Richtung der Fordschen Ideen überwunden werden. Dass diese Entwicklung einmal eintreten wird, erscheint sicher, und lediglich der Zeitpunkt ihres Beginnes, der in Bezug auf jeden Wirtschaftszweig und jedes Land ein anderer sein wird, ist noch nicht zu erkennen.

Ueberfluss an Getreide und Erzeugnissen aller Art auf der einen Seite; Hunger und Unterversorgung in jeder Beziehung auf der anderen; gewaltige Möglichkeiten der Produktionssteigerung durch Arbeit hier, und krampfhaftes Suchen nach Arbeit dort: Das ist der Zustand, den die Hypertrophie des Geldgedankens in der Wirtschaft geschaffen hat, den nur „Dienstleistung der Produzenten" im wahrsten Sinne des Wortes beseitigen kann. Ford, der gewiss kein Philosoph und auch kein Nationalökonom ist, dessen Buch neben vielen genialen Schlaglichtern manche Oberflächlichkeit enthält, hat instinktiv diese Entwicklung vorausgesehen, ohne ihre Zwangsläufigkeit zu fühlen, hat sie vorweggenommen und in seinen Betrieben den Beweis für ihre Richtigkeit und ihre praktische Durchführbarkeit erbracht. Und mehr als es seinen Landsleuten bewusst ist, hat er in Amerika Schule gemacht. Sein System bedeutet ja letzten Endes schliesslich nichts anderes, als eine systematische Entwicklung des Arbeiters zum Abnehmer, als einen Versuch der Konsolidierung der Binnenwirtschaft unter Hintanstellung des Gedankens wirtschaftlicher Expansion durch vorwiegende Schaffung ausländischer Absatzmöglichkeiten. Hierin liegt auch der Keim für die Entwicklung Amerikas zu einer noch nie gesehenen wirtschaftlichen Einheit, zu einem nicht nur durch das Vorhandensein der notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel, sondern vor allem durch das Bestehen genügender und dauernder Absatzmöglichkeiten im Inlande selbstgenügsamen Wirtschaftskomplex. Es ist richtig, dass auch Ford den Export pflegt, dass er seine Bedeutung selbst für ein an und für sich so zur Selbständigkeit befähigtes Land wie Amerika einsieht. Aber für ihn ist und bleibt das Ausland ein Abnehmer von sekundärer Bedeutung; und er erkennt richtig in der Kaufkraft des amerikanischen Inlandes den Hauptstützpunkt der amerikanischen Wirtschaftsstabilität, den wesentlichsten Schutz gegen ein krisenhaftes Ausarten von Konjunkturschwankungen, die Garantie für ein Freibleiben von sozialen Erschütterungen.

In dieser Beziehung kann Deutschland ausserordentlich viel von Ford lernen. Zwar liegen hier die Verhältnisse insofern anders und ungünstiger als in Amerika, als wir ja in erheblichem Masse von der Notwendigkeit des Bezuges ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel abhängig sind, so dass der Export zum Zwecke des Imports eine entschiedene Lebensnotwendigkeit für uns ist. Aber die Würdigung dieser Tatsache darf doch nicht, wie es leider seit Jahrzehnten und besonders in der letzten Zeit der Fall war, dazu führen, dass die inländische Kaufkraft missachtet wird. Man mag sich darüber trösten, dass der deutsche Arbeiter nicht, wie jeder sechste oder siebente seiner amerikanischen Kollegen, in der Lage ist, sich ein Automobil zu kaufen; aber die Tatsache, dass seine Kaufkraft selbst in Bezug auf die lebensnotwendigsten Dinge, wie Ernährung und Kleidung, unerträglich gering ist, sollte zu denken geben und nicht allein durch die Folgen des verlorenen Krieges erklärt werden. Das gleiche gilt für den übrigen Hauptteil der deutschen Konsumentenschaft, den Mittelstand, dessen Kaufkraft durch die Geldentwertung auf ein Nichts herabgedrückt wurde. Der deutsche Fabrikant muss sich nicht mit Worten und Reklame, sondern mit richtig betätigtem Verständnis für die Bedürfnisse und die Kaufkraft seiner Landsleute um ihre Versorgung mit möglichst viel nützlichen Waren bemühen. Er muss, wie Ford, dessen Lebensarbeit von dem Wunsche ausging, durch Schaffung einer zweckmässigen Maschine den Farmern ihre schwere Arbeit zu erleichtern, den Wunsch des Geldverdienens in den des Dienenwollens kleiden und in der Befriedigung der inländischen Bedürfnisse seine Hauptaufgabe erblicken, aus der sich die Erfüllung seines Hauptbedürfnisses, Geld zu verdienen, von selbst ergibt.

## Der heutige Börsenruhetag.

**Banknoten sämtlich, Devisen bis auf Kabel New York voll zugeteilt.**

Die Devisenanforderungen waren heute wieder bedeutend geringer, so dass es heute erstmalig möglich war, auch die Auszahlungen London und Amsterdam voll zuzuteilen. Es wurde nur noch Kabelauszahlung New-York und zwar mit 10 pCt. repartiert. Ausländische Banknoten wurden sämtlich voll zugeteilt. Die Mark liegt im Auslande unverändert fest, in London 18¼, in Amsterdam 0,63½ und in Zürich 1,34½. Der französische Franc erlitt eine weitere bedeutende Abschwächung, in London wurde er mit 84½ und gegen Kabel New-York mit 19,64 genannt. Das englische Pfund wurde gegen Kabel New-York mit 4,30 7/16 gehandelt, lag also ausserordentlich schwach. — Effekten lagen heutevieder fester, da wieder einige Kaufaufträge vorliegen, während Verkäufe nur sehr wenig vorgenommen werden.

### Devisen- und Banknotenkurse.

(In Billionen Mark.)

| Bankdiskont. | | 31. 5. Geld | 31. 5. Brief | 30. 5. Geld | 30. 5. Brief | 31. 5. Geld | 31. 5. Brief | 30. 5. Geld | 30. 5. Brief |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Devisen | | | | Banknoten | | | |
| 10 | Deutschland | | | | | | | | |
| 4 | 100 Holland | 157,60 | 158,40 | 157,60 | 158,40 | 157,26 | 158,04 | 157,45 | 158,24 |
| 4 | 100 Dänem. | 70,57 | 70,93 | 70,52 | 71,18 | 70,22 | 70,58 | 70,57 | 70,93 |
| 5½ | 100 Schwed | 111,22 | 111,78 | 111,22 | 111,75 | 110,87 | 111,43 | 110,97 | 111,53 |
| 7 | 100 Norweg. | 57,60 | 57,89 | 57,61 | 57,89 | 57,46 | 57,74 | 57,46 | 57,74 |
| 10 | 100 Finnland | 10,47 | 10,53 | 10,47 | 10,53 | 10,37 | 10,43 | 10,37 | 10,43 |
| 4 | 100 Schweiz | 73,91 | 74,29 | 73,91 | 74,29 | 73,67 | 74,03 | 73,76 | 74,14 |
| — | 1 Argentinien | 1,355 | 1,365 | 1,355 | 1,365 | 1,32 | 1,34 | 1,33 | 1,35 |
| 9 | 100 T.-Schwei. | 5,59 | 5,91 | 5,89 | 5,91 | 5,84 | 5,86 | 5,84 | 5,86 |
| 18 | 100 T. Ungarn | 4,59 | 4,61 | 4,59 | 4,61 | 4,29 | 4,31 | 4,34 | 4,46 |
| 5 | 100 Tsch.-Sl. | 12,295 | 12,355 | 12,395 | 12,455 | 12,17 | 12,23 | 12,27 | 12,33 |
| 4½ | 100 Spanien | 57,06 | 57,34 | 57,06 | 57,34 | 56,86 | 57,14 | 56,96 | 57,24 |
| 5½ | 100 Belgien | 4,19 | 4,21 | 4,19 | 4,21 | 4,19 | 4,21 | 4,19 | 4,21 |
| 4 | 1 England | 18,155 | 18,245 | 18,205 | 18,295 | 18,11 | 18,21 | 18,17 | 18,27 |
| 6 | 100 Frankr. | 21,50 | 21,60 | 21,40 | 21,90 | 21,45 | 21,55 | 21,80 | 21,90 |
| 5½ | 100 Italien | 18,30 | 18,40 | 18,45 | 18,55 | 18,25 | 18,35 | 18,30 | 18,40 |
| 5½ | 100 Bulgar. | 2,99 | 3,01 | 2,99 | 3,01 | 2,94 | 2,96 | 2,94 | 2,96 |
| 6 | 100 Rumän. | | | | | 1,79 | 1,81 | 1,64 | 1,66 |
| — | 100 Jugosl. | 5,14 | 5,16 | 5,165 | 5,185 | 5,03 | 5,05 | 5,06 | 5,08 |
| — | 1 Japan | 1,665 | 1,675 | 1,665 | 1,675 | | | | |
| — | 1 Rio Janeiro | 0,415 | 0,425 | 0,415 | 0,425 | 0,41 | 0,43 | 0,41 | 0,43 |
| 9 | 100 Portugal | 12,37 | 12,43 | 12,37 | 12,43 | | | | |
| — | 100 Danzig | 72,72 | 73,08 | 72,72 | 73,08 | 72,57 | 72,93 | 72,52 | 72,78 |

✱ **Amsterdam**, 31. Mai, 11 Uhr 1 Min. (Privat-Telegramm der Rotterdamschen Bankvereeniging.) London 1152 G., Berlin 0,6350 G., New-York 26750 G., Paris 1365 G., Brüssel 1180 G., Kopenhagen 4490 G., Kristiania 3650 G., Stockholm 7080 G., Zürich 4705 G., Buenos Aires 87100 Geld.

✱ **London**, 30. Mai. Ostasiatische Wechselkurse. Bombay tel. transf. 1,4 15/16, Kalkutta tel. transf. 1,4 15/16, Hongkong tel. transf. 2,4 11/16, Manila tel. transf. 2,3¼, Shanghai tel. transf. 3,3 11/16, Singapore tel. transf. 2,4, Yokohama tel. transf. 1,10½.

## Berliner Produktenbörse.

Das Getreidegeschäft ist wieder sehr ruhig geworden. Wie die Belebung hauptsächlich von der kräftigen Frage nach Roggenmehl ausgegangen war, so hat deren Nachlassen auch wieder das Interesse für Roggen zurückgedrängt. Mitteldeutschland hat noch Bedarf, bietet aber niedrigere Preise, die mit den Forderungen der übrigen reichlicheren Roggenverkäufer nicht übereinstimmen. Auch scheint wieder das Angebot von Reichsgetreideware zu drücken, die mehrfach von Süddeutschland nach Sachsen genommen wird. Weizen wie Weizenmehl blieben still, Gerste nur für Futterzwecke etwas gehandelt, Hafer lustlos, aber nicht stark angeboten. In Futterstoffen war es still. Trockenschnitzel durch polnisches, Kartoffelflocken durch inländisches Angebot gedrückt.

### Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

| | 31. 5. | 30. 5. | | 31. 5. | 30. 5. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, märk. | 154–157 | 155–158 | Weizenkleie, fr. Bln. | 8,60 | 8,60 |
| - mitteld. | 154–157 | — | | | |
| Roggen, märk. | 131–136 | 132–137 | Roggenkleie, fr. Bln. | 9,30 | 9,30 |
| - pomm. | — | — | | | |
| - westpr. | — | — | Raps | 260–270 | 270 |
| Gerste, Futter- | 145–155 | 145–155 | Leinsaat | — | — |
| - Sommerg. | 158–166 | 158–166 | Viktor-Erbs. | 17,00–19,80 | 17,00–19,00 |
| Hafer, märk. | 127–135 | 127–135 | Kl. Speiseerbs. | 14,00–15,00 | 14,00–15,00 |
| - pomm. | — | — | Futtererbsen | 13,00–14,00 | 13,00–14,00 |
| - westpr. | — | — | Peluschken | 10,50–11,00 | 10,50–11,00 |
| Mais, loco Bln. | — | — | Ackerbohnen | 13,00–14,00 | 13,00–14,00 |
| Waggfr. Hbg. | | | Wicken | 10,50–12,00 | 10,50–12,00 |
| Weizenmehl p. 100 kg gr. fr. Bln. br. incl. Sack (einsl. Mark. überNotiz) | 22,00–24,75 | 22,00–24,75 | Lupinen, blau | 10,00–10,50 | 10,00–10,50 |
| | | | Lupinen, gelbe | 13,00–14,00 | 13,00–14,00 |
| | | | Serradella | 11,00–13,00 | 11,00–13,00 |
| Roggenmehl p. 100 kg fr. Bln. br. incl. Sack | 19,50–21,75 | 19,50–22,00 | Rapskuchen | 9,40–9,80 | 9,40–9,80 |
| | | | Leinkuchen | 18,00 | 18,00 |
| | | | Trockenschnitz. | 7,40–7,50 | 7,60–7,80 |
| | | | vw. Zuckerbn. | — | — |
| | | | Torfmel, 30/70 | — | 7,00 |
| | | | Kartoffelflock. | 19,50 | 20,00–20,20 |

✱ **Chemische Fabrik Grünau Landshoff & Meyer Akt.-Ges.** in Grünau. Wie wir hören, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr von der Ausschüttung einer Dividende Abstand genommen und der Gewinn auf neue Rechnung vorgetragen werden. Was die Zusammenlegungsaksichten betrifft, so hofft man angesichts der nicht sehr bedeutenden Verwässerung des Aktienkapitals keine sehr grosse Zusamenlegung vornehmen zu brauchen. Voraussichtlich wird das Friedenskapital von 2½ Mill. M. nicht unterschritten werden. Die augenblickliche Geschäftslage entwickelt sich einigermassen zufriedenstellend, und zwar besonders im Inlandgeschäft. Das Exportgeschäft wird dagegen durch die teueren Herstellungskosten beeinträchtigt.

✱ **Norddeutsche Kabelwerke Akt.-Ges.** in Neukölln. Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluss und setzte als Entschädigung für den Aufsichtsrat die Summe von 10 000 Rentenmark fest. Die Verwaltung teilte mit, dass sich zu Beginn dieses Jahres die Geschäftslage ganz günstig angelassen habe. Zurzeit befinde sich die Arbeiterschaft im Streik, den man jedoch in einiger Zeit beizulegen hoffe.

# Nachtrag zur Morgen-Expreß-Ausgabe des Berliner Tageblatts.

## Absichtlich unmögliche Forderungen.

### Die Flucht der Deutschnationalen vor der Verantwortung.

Von
**Erich Dombrowski.**

Gestern abend ist eine gewisse Klärung der Situation eingetreten. Die Deutschnationalen haben, nach vierstündigem Hin- und Herreden, die Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien abgebrochen. In sachlichster Form. In einer längeren Erklärung stellen sie fest, daß sie niemals das Sachverständigen-Gutachten ohne weiteres hätten annehmen wollen, daß sie niemals in eine „Kontrollstuhl" der bisherigen Außenpolitik eingewilligt, daß sie niemals vom Herrn v. Tirpitz als ihrem Kanzlerkandidaten abgelassen, und daß sie immer den Kopf des Außenministers Dr. Stresemann gefordert hätten. Nur das letzte ist zutreffend. Alles andere entspricht nicht dem Tatsachen. Wenn die Deutschnationalen von vorneherein erklärt hätten, daß außenpolitisch ein anderer Kurs eingeschlagen, und daß er auch einen sichtbaren Ausdruck finden müsse, hätte der Reichskanzler und hätten die bürgerlichen Mittelparteien sofort alle Verhandlungen mit ihnen als unfruchtbar abgebrochen. Dasselbe läßt sich von der Einstellung gegenüber dem Gutachten sagen. Selbst die Kandidatur des Herrn v. Tirpitz war, als sie auf den einmütigen Widerstand der anderen Kontrahenten stieß, von ihnen in aller Stille abgeschrieben und so der Weg für ein neues Kabinett Marx freigemacht worden. Nun soll das alles nicht wahr gewesen sein. Nun, da die deutschnationalen Unterhändler von ihrer eigenen Fraktion im Stich gelassen und desavouiert werden, stellen dieselben Herren, die über zwei Wochen lang unterhandelt, verhandelt und gehandelt haben, sich als die aufrechten Männer hin, die zu seiner Stunde einen Schritt von dem Pfade der deutschnationalen Tugend abgewichen sind. Tartüffe ins Politische übertragen.

Wie entwickelten sich die Dinge? **Ursprünglich** waren die **Deutschnationalen** bereit, alles zu schlucken, nur um erst einmal an die Macht zu kommen. Sie ließen über das Gutachten mit sich reden. Sie stellten die Kandidatur des Herrn v. Tirpitz zurück. Sie schienen sich über das preußische Problem aus. Erst als die Deutschen Volksparteiler die Verhandlungsfront der Mittelparteien zu torpedieren begannen, als sie, novellig, den Rücktritt des Kabinetts Marx ersannen, als sie aus ihrer Sperrklinken Liebe und Hinneigung zur Rechten kein Hehl mehr machten, schwoll den Deutschnationalen der Kamm. Die Hergt und Westarp fingen, wie in einer Aktion, aufzuschlagen an. Diese Aufschläge steigerten sich in den gestrigen Rechtsblockverhandlungen mit den Vertretern der Mitte schließlich dahin, daß die Homogenität mit der Hurtigen Reichsregierung nicht nur in Preußen, sondern auch in Sachsen, Württemberg, Baden und Bayern gefordert wurde. Natürlich mußte der Reichskanzler darauf erwidern, daß er auf die Landtagsfraktionen der keinen Einfluß auszuüben vermöge. In der Erinnerung über die Außenpolitik zogen sie sich von neuem in die von ihnen bestimmte Position des Hahnenkamms zurück, und erst auf ausdrückliche präzise Fragen erklärten sie, daß von einem Abbruch des bisherigen Kurses nicht die Rede sein könne. Aber auch nicht von einer unveränderten Fortführung. Was kann eben? „Eine Veränderung tatsächlich sei vonnöten." Dr. Stresemann müßte alle geopfert werden. Der Reichskanzler schüttelte mit dem Kopf: Das würde noch außen hin den Eindruck eines Umwerfens des Steuers machen. Die Deutschnationalen blieben auf dieser Forderung bestehen. Die Deutschen Volksparteiler konnten sich trösten von ihrem Außenminister nicht, solange er selbst einen Rücktritt nicht für zweckmäßig hielte. Die Herren gingen ohne Resultat auseinander. Die entsprechenden Fraktionssitzungen fanden statt.

In den **deutschnationalen** Reihen ist es in den letzten Tagen recht bunt zugegangen. Die Neulinge versuchen den Eintritt in die Regierung im Sturm zu nehmen. Allen Ernstes schlugen sie, in wildem Draufgängertum, vor, an die bürgerlichen Mittelparteien ein Ultimatum zu richten, das nur auf sechs Stunden befristet werden dürfe. Die älteren Semester rangen die Hände und schoben, unter vorsichtiger Ausschaltung der Fraktion, die Auseinandersetzung mit den Parteien der Mitte auf ein ruhigeres Gleis. Selbst die Demokraten, die sie gerät bei der Einladung umgehen wollten, wurden nachträglich von ihnen brieflich erfucht, mit von der Partie zu sein. Eine Zeitlang schien es dann auch, als ob ein Arrangement zustande kommen würde. Dann setzte sich wieder der radikale Flügel der Partei durch und hat jetzt die gesamte Fraktion in seine Bahnen gezwungen. Auch in der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei ging es nicht gerade lustig zu. Der Kampf drehte sich um Dr. Stresemann. Minen waren gegen ihn gelegt. Trotzdem behauptete er sich, und um des lieben Friedens willen einigte man sich auf jenen oben erwähnten salomonischen Spruch. Dr. Scholz, der Fraktionschef, hatte die Partei durch sein Rechtslaufen hinter der Rechten und durch seine unklare und wenig offene Haltung gegenüber dem Zentrum und der Demokratie allmählich in eine ganz unmögliche Lage hineinmanövriert. Noch am Himmelfahrtstage hatte er in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten, über den Kopf des Herrn Marx hinweg, den Abgeordneten Stegerwald von neuem als Kanzler vorgeschlagen, aber damit kein Glück gehabt. Die brüskierende Ablage der Deutschnationalen hat die Deutschen Volksparteiler tief erschüttert. Das hatten sie nicht erwartet. Da die Fraktion infolge der Wahlniederlage gegenwärtig einen schweren pinchischen Prozeß durchmacht, so darf man sich nicht wundern, daß manche von ihnen auch nach dieser schallenden deutschnationalen Ohrfeige noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben haben, mit der Rechten ins Geschäft zu kommen.

Was wird nun? Welche Möglichkeiten für eine Kabinettsbildung sind vorhanden? Der Gedanke des Bürgerblocks ist tot. Das Natürlichste wäre, wenn jetzt wiederum die Koalition der bürgerlichen Mittelparteien ins Leben träte. Wohl bildet sie parlamentarisch nur eine Minderheit. Aber die Sozialdemokratie scheint bereit zu sein, sie nach der veröffentlichten Stellnahme zum mindesten außenpolitisch zu unterstützen und innerpolitisch eine abwartende Stellung einzunehmen. Wie wären in diesem Falle die Mehrheitsverhältnisse?

Für das Gutachten: Deutsche Volkspartei 45, Zentrum 65, Demokraten 28, Zusammen 138. Dazu: Sozialdemokraten 100, Bayerische Volkspartei 16, Wirtschaftspartei 15. Im ganzen also 269.

Gegen das Gutachten: Deutschnationale 194, Nationalsozialistische Freiheitspartei 32, Deutschsoziale 4, Kommunisten 62. Zusammen 292.

Das heißt: für das Gutachten ist unter allen Umständen eine respektable Majorität vorhanden, selbst wenn man die 15 Stimmen der Wirtschaftspartei abzieht, die sich noch nicht nach der einen oder anderen Richtung festgelegt haben. Aber auch für die übrigen innen- und außenpolitischen Probleme wäre später, falls die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich auf die Seite der Opposition schlügen, noch immer eine, wenn auch schwache Mehrheit vorhanden. Voraussetzung für eine tätige Politik wäre allerdings, bei diesen immerhin unsicheren Zahlenverhältnissen, eine große Geschlossenheit der Mittelparteien und jedes einzelnen ihrer Mitglieder.

Anders aber, wenn die **Deutsche Volkspartei** eine solche Koalition nicht mitmachen würde. Dann wäre in diesem Reichstage überhaupt keine Parteigruppierung möglich, die eine Mehrheit in sich vereinigt. Weder rechts, noch in der Mitte, noch links. Dann bliebe, als letzter Ausweg, nur noch die Auflösung des Reichstags und die abermalige Ausschreibung der Wahlen. Das Zentrum und die Demokratische Partei hätten von Neuwahlen nichts zu befürchten. Im Gegenteil. Der Wahlkampf würde sich dann einbeziehen um die Befreiung von Ruhr und Rhein, um die Beschaffung ausländischer Kredite durch die Annahme des Gutachtens und damit um die Wiederbelebung der stagnierenden Wirtschaft drehen. Nicht, wie das letzte Mal, würde die Wahlparole durch allerhand Nebenfragen verwässert werden. Der Wähler würde ganz klar vor ein Ja oder Nein gestellt werden und sich für den Wiederaufbau Deutschlands oder für eine deutschnationale Katastrophenpolitik zu entscheiden haben. Die Deutschnationalen haben mit ihrem gestrigen Beschluß die letzte Maske fallen gelassen. Sie gingen aufs Ganze. Außenpolitisch wollten sie das Reich in neue Abenteuer stürzen. Innenpolitisch wollten sie den ganzen Verwaltungsapparat durch die Besetzung der wichtigsten Ministerien im Reich und in den führenden Ländern an sich reißen. Die Republik würde dann mit Riesenschritten abgebaut und alles würde wieder werden wie einst unter dem alten Regime. Im Innern würden sich die Klassengegensätze: die Bürgertum, die Arbeiterschaft aufs schärfste verschärfen, und in der Außenpolitik würde Deutschland, nach fünf Jahren mühevoller Entfesselung, sich rasch wieder einer geschlossenen Phalanx gegnerischer Mächte gegenübersehen.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, führt der Reichspräsident Besprechungen mit dem Reichskanzler Dr. Marx und mit Dr. Scholz. Möglich, daß in letzter Minute noch ein neues Mann, ein sicherlich parteipolitisch unbeschriebenes Blatt, mit der Kabinettsbildung beauftragt wird und noch ein letzter Zang versucht wird, wenn die Deutsche Volkspartei sich tatsächlich weigern sollte, unter Dr. Marx eine Regierung der Mitte zustande zu bringen.

**Nachdem die deutschnationale Fraktion gestern abend ihren Beschluß über den Abbruch der Verhandlungen gefaßt hatte, traten die Führer der Mittelparteien zusammen und nahmen kurz von dieser Tatsache Kenntnis. Wie an unterrichteter Stelle verlautet, ist nicht anzunehmen, daß auf Grund des ablehnenden Beschlusses der deutschnationalen Fraktion der Reichskanzler Marx seinen Auftrag zur Regierungsbildung in die Hand des Reichspräsidenten zurückgeben wird. Wenn der Kanzler sich bestimmt nicht auf eine bestimmte Koalition, sondern lautet ganz allgemein auf die Bildung einer Regierung. Gestern abend empfing der Reichspräsident noch den Kanzler Dr. Marx sowie Dr. Scholz. Dr. Marx setzt seine Beratungen zur Bildung des Kabinetts am heutigen Sonnabend fort.**

*

Die Deutsche demokratische Partei legt Wert darauf festzustellen, daß bei der Präsidentenrücktrittsfrage in Reichstag zwischen Walraf und Löbe die demokratische Fraktion einmütig für den sozialdemokratischen Abgeordneten Löbe gestimmt hat.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion faßte gestern abend ½8 Uhr einstimmig folgenden Beschluß:

„Die deutschnationale Fraktion vermag nicht darauf zu verzichten, daß in der auswärtigen und inneren Politik des Reiches eine Kursänderung erfolgt, und daß hierfür bei der Regierungsbildung sichtbare Garantien geschaffen werden. Aus diesem Grunde hat sie sich stets mit aller Entschiedenheit für die Tirpitz-Lösung ausgesprochen.

*

Von deutschnationaler parlamentarischer Seite wird mitgeteilt:

„Gegenüber den zahlosen Falschmeldungen, die über die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei bei den schwebenden Verhandlungen über die Regierungsbildung verbreitet werden, stellen wir folgendes fest:

1. Der wesentliche Kern des außenpolitischen Programms der Deutschnationalen Volkspartei besteht darin, daß die Entscheidung über das Sachverständigengutachten erst nach Verhandlungen in einem Schlußabkommen erfolgen kann, bei dem die politischen und Ehrenpunkte gleichzeitig mitgeregelt sein müssen. Hiervon ist die Deutschnationale Volkspartei in keinem Stadium der Verhandlungen über die Regierungsbildung abgewichen.

2. Die Kontinuität der bisherigen Regierungspolitik ist von der Deutschnationalen Volkspartei niemals zugestanden worden. Im Gegenteil hat sie von ihrem Standpunkte aus, daß eine Kursänderung nicht nur erfolgen, sondern auch zum Ausdruck kommen müsse, jeder Lösung entschieden widersprochen, die nach außen hin den Eindruck erwecken würde, als ob der bisherige Kurs namentlich in außenpolitischer Beziehung unverändert fortgesetzt würde.

3. Die „Tirpitz-Lösung" ist bei jeder Gelegenheit als die gegebene verfochten und jede andere Personalösung als unbefriedigend bezeichnet worden.

4. Gegen die Marx-Lösung sind in der deutschnationalen Reichstagsfraktion von Anfang an wegen der innerlichen Gefahr und insbesondere auch wegen des äußeren Eindrucks einer Fortführung des bisherigen Kurses entschiedene Bedenken erhoben worden. Wenn sie gleichwohl, nachdem der Reichskanzler Marx von neuem mit der Regierungsbildung beauftragt worden, seinerseits an die Deutschnationale Volkspartei herantrat, mit a limine abgelehnt worden ist, so beweist das nur den ernsten Willen der Deutschnationalen Volkspartei, im Hinblick auf die schwere Not des Vaterlandes, keine Möglichkeit für einen Ausweg vorübergehen zu lassen, der sich noch irgend mit den Grundsätzen der Deutschnationalen Volkspartei vereinigen läßt. Stets ist aber hervorgehoben, daß die Marx-Lösung nur dann erträglich erscheinen könnte, wenn bei der Ausgestaltung im einzelnen die Deutschnationalen Volksparteiler solche Vorschläge gemacht werden, daß ihr Einfluß und ihre Ziele nach jeder Richtung ausreichend geschützt sind.

5. Für die Außenpolitik ist neben dem Kanzler der Außenminister entscheidend. Ist schon vom deutschnationalen Standpunkt aus das Verbleiben der Kanzlerpersönlichkeit auf ihrem Posten bedenklich, so wäre die Beibehaltung auch noch desselben Außenministers, also die gemeinsame Besetzung in den beiden entscheidenden Posten, für die Deutschnationale Volkspartei ein Ding der Unmöglichkeit. In dieser Beziehung ist bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung nicht die geringste Unklarheit gelassen worden."


**Konservierung**
von Pelzsachen, Winterkleidung, Teppichen etc. gegen
**Motten-Schaden**
Tag- u. Nachtbewachung
**PELZ-Umarbeitungen**
bitten wir frühzeitig zu besehen.
**Neue Modelle**
bereits am Lager
Spezial-Abteilung für Aufbewahrung seidener wertvoller Teppiche, Waschen, Reinigen und sachgemäße Reparaturen
Preisschläge stets kostenlos
C. A. **Herpich** Söhne
Berlin W. Leipziger Str. 9-11 258

**Motorrad-Garagen**
von M. 122,— an liefern
**Wolf Netter & Jacobi,**
Berlin W. 15 • Frankfurt a. M.

**BLANCA NASENRÖTE**
dasselbst wirkende, absolut unschädliche Mittel gegen
alle Ursachen v. Kälte, Hitze, Temperaturwechsel, Nervosität, Blutandrang usw. Keine Salbe, Puder od. Schminke. Glänzende Anerkennung. ✓ Von gleich hervorragender Wirkung bei ✓ **Gesichtsröte, roten Händen, Ohren** sowie vergrößerten Poren, Blutkörnchen usw. **Blanca-Vertrieb, Frankfurt a. M.-West** Postfach 1309. Preis p. Flasche 3.25 Gmk. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Depot: Westend-Apotheke, Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 80, Simons-Apotheke, Berlin C. 2, Spandauer Str. 17.

**Hydrometer**
**Breslauer Wassermesser-Fabrik**
**Aktiengesellschaft.**
Bilanz-Konto per 31. Dezember 1923.

**Aktiva.**

| | | |
|---|---|---|
| Grundstücks-Konto | | 135694,80 |
| Gebäude-Konto | | 3574286 |
| Maschinen- und Apparate-Konto | | 5548415 |
| Werkzeug- und Geräte-Konto | | 21162902 |
| Elektr. Licht- u. Kraft-Anlage-Konto | | |
| Utensilien-Konto | | |
| Patente-Konto | | |
| Modelle-Konto | | |
| Fuhrwerks-Conto | | |
| Heizungs-Anlage-Conto | | |
| Beteiligungs-Conto | | |
| Cassa-Conto | 2.572,200000000000 | |
| Postcheck-Conto | 869,520000000000 | |
| Wechsel-Conto | 1.075,884000000000 | |
| Effekten-Conto | 89,000000000000 | |
| Effekten und Bar-Cautions-Conto | 65,000000000100 | |
| Conto-Corrent-Conto Debitoren | 94.792,930000000000 | |
| Fabrikations-Conto Bestands | 157.067,959892989681 | |
| | 255.912,570000135804 | 30,80 |

**Passiva.**

| | | |
|---|---|---|
| Aktien-Kapital-Konto | | |
| Stamm-Aktien 14000000 | | |
| Vorzugs-Aktien 500000 | | 14500000 |
| Darlehns-Konto | | 700000,00 |
| Dividenden-Konto | | 578500 |
| Reservelonds-Konto | | 1909745150 |
| Beamten- u. Arbeiter-Unterstützungsfonds-Konto | | 2847000 |
| Konto-Korrent-Konto Kreditoren | 251.968,760000000000 | |
| Gewinn- und Verlust-Konto | | |
| Vortrag aus 1922 374442,79 | | |
| Gewinn 1923: 3.946280981426439,91 | 3.946,808844617872 | 70 |
| | 255.91..570000135804 | 30 |

**Gewinn- u. Verlust-Konto p. 31. Dezember 1923.**

**Debet.**

| | | |
|---|---|---|
| An Handlungs-Unkosten-Konto | 3.842,294853109186 | 84 |
| „ Abschreibungen | 7.472840000000 | 00 |
| „ Reingewinn | 8.846,808844617872 | 70 |
| | 7.668,357642898968 | 14 |

**Kredit.**

| | | |
|---|---|---|
| Per Vortrag aus 1922 | 374442 | 79 |
| „ Fabrikations-Konto | 7.668,357642898968 | 35 |
| | 7.668,357642898968 | 14 |

**Der Aufsichtsrat:** Justizrat Dr. Riemann.
**Der Vorstand:** Karl Weiss. Carl Schreiber.

„Vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft übereinstimmend gefunden.
Breslau, den 6. Mai 1924.
**Schlesische Treuhand- und Vermögens-Verwaltung-Aktien-Gesellschaft.**
Dr. Rauch. Liebks.

**Feldbahnen.**
Wir suchen per 1. Juli diesl. Jahres feldständigen
**Vertreter**
(nicht Filialleiter), der die Geschäfte unserer seit 1911 in Berlin bestehenden Filiale bis zur Wiedereröffnung derselben gegen Premien und Spesen-Zuschuß neben anderen einschlägigen Vertretungen weiterführen kann. Vollständige Büro-Einrichtung und Telefon wird zur Verfügung gestellt.
Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschr. usw. erbitten
**Gebrüder Eichelgrün,**
Köln a. Rh., Komödienstr. 32/36.

**500 000 kg S. M. Stahl**
rund u. fechskant, rohgewalzt u. gezog., bis zu 50% Preisnachlaß.
**Olympia**
Kurfürstendamm 151.

**Ca. 2000 Meter**
gute Kammgarn-Gardinenstreifen soll, wegen Aufgabe des Artikels mit 30% unter dem Fabrikpreis abgeschossen werden. Ferner ca. 3000 Herrenhosen von 4.50—9.50 M. Regulärer Wert 6.50—14.— M. Blanket & Neibenberg A.-G., Elberfeld, Hofaue 4.

**Paul Grunwald**
Berlin, SW. 68.
Lindenstraße 114 und 106
Spezialfabrik für Feuerzeuge
Alpaca versilbert

**Gummimäntel**
ab Fabrik liefert mit unter Tagespreise:
Reglan 14, Köper 15, Covercoat 18, Stoffmantel 17.
**S. Weinstock,**
Linienstraße 44. Norden 5551.

**Drehbänke 350×3000 mm, 565×7000 mm,**
**Drehbänke mit Zugspindel 160×700 mm,**
**Gewindedrückmaschinen**
**Revolverbänke 30 und 32 mm**
**Materialabschlag,**
**Vorweintreibpressen,**
gebraucht, gut erhalten,
preiswert abzugeben:
**S. ASTON, Maschinenfabrik A.-G.,**
Berlin, Kurfürstendamm 206.

**Unter der Hälfte**
des Engrospreises verkauft erstklassige Kostüme, auch an Private.
**Silberstein,** Immanuelkirchstr. 33, 11. an der Prenzlauer Allee.

**Große Zigarren**
nur für Kenner: aromatisch, 100 St. je 15, 20, 25, 30 Mk., versendet fr. binde Deutschland geg. Nachn. od. Voreinsendg.
**Otto Griesel,**
Charlottenburg, Berliner Str. 90.
**Große Zigarren**

**Scherengitter,**
Rollgitter, Türen u. Eisenblech beliebem, Türsicherungen, Schaukästen, Eisenschilder, Kunstschmiede- und Bauschlosserarbeiten.
**Gebhardt,** Mühlenstraße 1. Kat. 4040.

**Zephyr, Kleiderstoffe, Flanelle, Köper** verkauft enorm preiswert
**Dr. Mandowsky, Alexanderstr. 38.**

Wir liefern preiswert
**Papiergewebe und Jutegewebe.**
Mechanische Weberei
**Polke & Jakobowski,**
SO., Elisabethufer 5-6.
Telefon: Moritzplatz 16272, 16667, 9580.

**Geldschränke**
feuersichere Bücherschränke, Abt. II
**Scherengitter**
Türverschlüsse, Blechkakelleitungen, einbruchss. s. preisw. **Weimer,** Stahlschreibersk. 61, Dönh. 9276, Geldschrankfab.

**3000 m Feldbahngleis**
m. Muldenkippern, Weichen u. sonst. Zubehör s. Wensch mietsweise.
**Heinrich Elias & Co.,**
Berlin W. 62, Lutherstr. 44.

**Partieposten**
Dam.-, Herrenstoffe, Kleiderstoffe, Kaufen-Alt. 47.

**Pianos, Flügel**
höchste Tagespreise
**Pianonaus Herer,**
Fallasstr. 9 Kt. 3024.

**Bezimal-Waagen Laufgewichtswaagen u. Tafelwaagen liefert**
**Georg Wagner, Berlin,**
SO. 16, Köpenicker Straße 71.
Kein Laden.

**Kaufgesuche bewegl. Gegenstände**

**Altlinfarben**
Marienwerk, großes Pult, nur licht preiswert. Marienoff, an **Bayerhof,** Sofierstraße 4, Halenseee.

**Strümpfe**
Lager-Posten, kauft
**S. Pfänzgraben,**
Neue Königstr. 43.

**Rohnessel,**
30/30er Garn, 75—78 cm, kaufen jetzt günstigen Posten gegen Kasse.
**J. Gerber & Co.,** Wartburgstraße 77.

Für Export, speziell nach England suchen wir günstige
**Lagerposten,**
Waren jeder Art, zu kaufen.
**Wendt & Co., Berlin NW. 7,**
Unter den Linden 50/51.

**Perserteppiche,**
Brücken kauft zu hohem Preis
**Schönborn,**
Ludwigkirchstraße 10a. Ufl. 4870.

**Damenkonfektion**
Holländisches Engros-Haus kauft gegen sofortige Kasse Lagerposten Damen- u. Backfischkonfektion. Musterbrf. Angebote unt. Chiffre 5045 an die Annoncenexped. **Max R. Nunes, Amsterdam** (9011.)

**Wir sind stets Kassakäufer**
von Partieposten, Kleiderstoffe und Baumwollwaren
**Gebrüder Frenkel, Trier.**

**TRIUMPH**
TRIUMPH WAKE NÜRNBERG
Vertreter für Berlin und Brandenburg:
**WILLY GOERWITZ HORN & GÖRWITZ**
Kronenstrasse 56 Tel. Moritz 6400
Friedrichstr. 231 Tel. Merkur 3450
Wo nicht vertreten, Vertreter gesucht.


## Berliner Handels-Register.

**Abteilung A.**

Victor Lerch & Co., Offene Handelsgesellschaft, Berlin, Friedrichstr. 173. Gesellschafter: Berlin und Victor Lerch, Robert Bartrefflich. — Möbelgenossenschaft Julius Jacobus, Berlin, Elisabethstr. 18. Inh.: Julius Jacobus. — H. F. Reinhardt Reimann, Berlin, Linstr. 10. Inh.: Bernhard Reimann. — Karl A. Reuter, Berlin, Spenerstr. 35a. Inh.: K. A. Reuter. — Albert Rosenthal & Co., Offene Handelsgesellschaft, Berlin, Sendelstraße 17. Gesellschafter: Albert Rosenthal, Erich Reißner. — Theodor Schäffler & Co., Export- und Importgesellschaft mit Bankvertrieb, Kommanditgesellschaft. Zweigniederlassung Berlin, Margaretenstr. 8. Gesellschafter: Theodor Schäffler, Curt Lobemann. — Tinkel & Co., Offene Handelsgesellschaft, Berlin, Chausseestraße 45. Gesellschafter: Leib Tinkel, Wolf Feig, Josef Lovas. — Sternberg Armin & Testvere Budapest, Zweigniederlassung Berlin, Alexanderstraße 38. Inh.: Armin Sternberg. — Arno Sendewitz, Charlottenburg, Am Tegeler Weg 25. Inh.: Arno Sendewitz. — August Setzepfand, Berlin, Frankfurter Allee 322. Inh.: August Setzepfand. — Radio-Gesellschaft Stevers & Co., Offene Handelsgesellschaft, Berlin, Wilhelmstraße 37/38. Gesellschafter: Eugen Stevers, Max Gerber. —

**Abteilung B.**

Seeger & Schick, G. m. b. H., Berlin, wohin der Sitz von Oberschöneweide verlegt ist. Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs. Berlin, Potsdamer Str. 19. Geschäftsf.: Dr. jur. Hans Landsberg. Grundk.: 20 000 Mark.